

b unabhängige **auernstimme**

Oktober 2005

Nummer 282 – K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

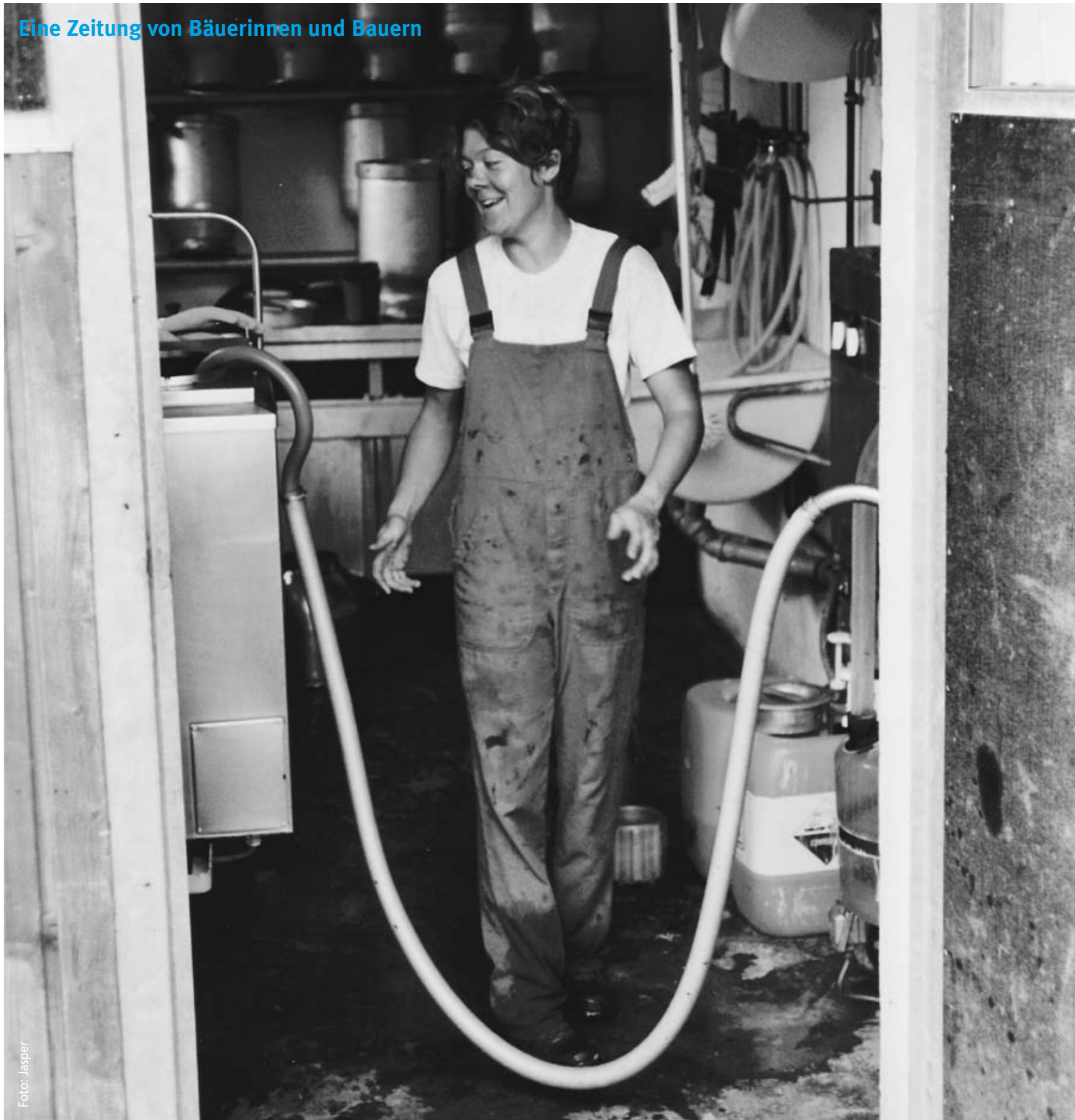


Foto: Jasper

Milch: Neue Signale

Bund und Länder entscheiden jetzt. Die Chance ist da, die neuen Quoten vom Markt fern zu halten. Das könnte dem Milchpreis helfen. Schwerpunkt **Seiten 11-13**

Belügt uns Raiffeisen?

Mit Futter, einer Kuh und der Forderung, endlich gentechnikfreies Soja anzubieten, zogen Bauern zur Verbandszentrale. Sie sind sicher, Raiffeisen könnte liefern. **Seite 16**

Nach der Wahl

Wird die Mehrwertsteuer erhöht, muss der Pauschalierungssatz steigen. Auch die Diskussion über die Sozialversicherungen betrifft die Bauern. **Seiten 3-5**

Die Seite 3

Wenn die Mehrwertsteuer erhöht wird 3
Auswirkungen auf die Landwirtschaft und Forderungen

Wahlergebnis eindeutig 3
Verbände-Plattform sieht sich bestätigt

Agrarpolitik

Sozialversicherungen: Landwirte einbeziehen 4

Interview mit dem bayrischen AbL-Vorsitzenden Sepp Bichler

Niederlande veröffentlichen Zahlungen 5

Märkte

Vion übernimmt Südfleisch 6
Konzern wird Europas Nummer eins

Fusionen der Raiffeisen-Zentralgenossenschaften 7

Perspektiven nachwachsender Rohstoffe in den USA 10

Bewegung

Hochleistungszucht führt in Sackgasse 8
Pro-Tier-Förderpreis für tiergerechte Züchtung vergeben

Tausende tafeln gegen Gentechnik 8

Gründerstimmung in der Landwirtschaft 14

Schwerpunkt: Milchpolitik

Neue Milchquoten parken! 11
Jetzt ein klares Signal!

Spielraum ist gering, aber vorhanden 12
EU erlaubt, zusätzliche Quote zu parken

Frankreich: Neues Abkommen „katastrophal“ 12

Chiemgauer Weidemilch als „functional food“ 13

Nachbau

Linda zwischen totgesagt und gerettet 15

Schlechte Verlierer 15
Züchter-Treuhand verschickt wieder Drohbriefe

Gentechnik

Bauern kritisieren Raiffeisen 16

Zunächst keine Zulassung 16
Eilantrag von Monsanto zurückgewiesen

Querfeldein

Freilandhaltung von Mastschweinen 17

Internationales

Milchproduktion in Neuseeland 18

Weitere Themen

Aus Stall, Feld und Umfeld bei Kristina Fennekohl und Bernd Schmitz, **Seite 9** · „Herr Landwirt“ ist eine Frau, **Seite 19** · Leserbrief, **Seite 19** · Lesen, **Seite 20-21** · Anzeigen/Veranstaltungen/Kontakte, **Seite 22-23**

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Mute Schimpf, Anne Brid Leonhardt; Tel.: 023 81/49 22 89, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;

Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Satz: Gebr. Wilke GmbH, Hamm

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Inhaltsverzeichnis

Vorgezogene Neuwahlen sollten Klarheit bringen, doch deren außergewöhnliches Ergebnis wirft nun viele Fragen auf. Klar jedoch ist, dass diejenigen, die Bauernbefreiung sagten, aber Durchstarten für vielleicht ein Viertel Wachstumsbetriebe meinten, keine gesellschaftliche Mehrheit hinter sich wissen können. Der angekündigte Politikwechsel wurde von den WählerInnen so nicht akzeptiert und auch die Reformpolitik der noch amtierenden Regierung konnte sich nicht durchsetzen. Beide großen Parteien sind geschwächt und sämtliche Parteiprogramme werden künftig weniger dogmatisch behandelt werden. Die Parteien sind aufgefordert, gesellschaftliche Interessen stärker zu berücksichtigen als bisher.

Die Karten werden neu gemischt. Das macht es für die neue Regierung nicht einfacher. Doch „einfach“ ist nicht immer gleich „gut“! Und da in dieser schwierigen Parteien-Konstellation alte Seilschaften nicht mehr ausreichen, liegt auch eine große Chance darin, unseren Anliegen Gehör zu verschaffen. Wenn es nach dem Parteien- und Personalpoker um Inhalte geht, sind wir in

**Kommentar****„Bauernbefreiung“
verschoben**

der AbL gut vorbereitet. Wir sind nicht mit Wahlparolen und Wahlempfehlungen übers Land gezogen, sondern haben weiter intensiv an unseren Themen gearbeitet. Ob Fair Play im Agrarhandel mit Blick auf die WTO oder die Novellierung der Zuckermarktordnung; ob Gentechnikfreie Landwirtschaft, Nachbau oder gerechter Zugang zu öffentlichen Flächen (BVVG) für alle Betriebe; ob soziale Sicherung oder Klimawandel: auf allen Themenfeldern stehen AbL-Aktive vorn. Und nicht zuletzt stehen wir mitten im Kampf um einen kostendeckenden Milchpreis.

Bei der Milch geht es zum Einen um die direkte Auseinandersetzung zwischen Milchindustrie, die einen möglichst billigen Rohstoff möchte, und uns Milchbäuerinnen und Bauern, da wir zu diesen Preisen auf Dauer nicht produzieren können. Es geht aber auch um politische Entscheidungen. Auf der Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern am 6./7. Oktober in Bielefeld wird auch darüber beraten, wie mit der in der Agenda 2000 beschlossenen Quotenaufstockung um insgesamt 1,5 Prozent umgegangen werden soll. Die Mitgliedstaaten haben Spielraum, sie können die Zusatzmengen zurückhalten. Jeder Liter zuviel minimiert Verhandlungsspielräume für uns Milchbäuerinnen und Bauern um einen höheren Milchpreis. Da die Mengenfrage nicht nur uns Bauern in Europa betrifft, werden wir bei unserer Forderung von entwicklungspolitischen Organisationen wie Misereor unterstützt. Die zusätzlichen Quoten erst gar nicht an den Markt zu lassen, muss deshalb das Signal sein, das von Bielefeld ausgeht.

Breite gesellschaftliche Unterstützung findet auch unser Bemühen um eine gentechnikfreie Landwirtschaft. Vorfahrt für Gentechnik konnte bei den WählerInnen nicht punkten. Das konnte den Raiffeisenverband jedoch nicht abhalten, nach der Wahl postwendend neben „aktiver Exportförderung“ unter anderem die „Förderung der Gentechnik“ einzufordern. Seine Interessen sind klar, aber eben nicht mehrheitsfähig.

Diese Wahl hat die Parteilager aufgebrochen. Wie auch immer die Regierungskonstellation aussehen wird, sie wird noch stärker als bisher die gesellschaftlichen Kräfte zu achten haben. Wir stehen weiter bereit. Es geht schließlich um nicht weniger als um unser jetziges wirtschaftliches Überleben und darum, zukünftigen Generationen eine vielfältige und unabhängige Landwirtschaft zu ermöglichen.

Maria Heubuch, AbL-Bundesvorsitzende, Milchbäuerin im Allgäu

Meldung des Monats

Weil Milchkühen in Liechtenstein bis vor kurzem Hanf verfüttert wurde, gehörten sie zu den entspanntesten ihrer Art. Wegen des jetzt dort erfolgten Hanf-Verfütterungsverbotes ist die Zeit stressfreier Milchkühe im Zwergstaat wohl vorbei. Wie der Onlinedienst Preetext berichtet, wollen die Behörden mit dem Verbot verhindern, dass der chemische Wirkstoff THC über die Milch in die menschliche Nahrungskette gelangt. Landwirte halten das Verbot für übertrieben: „Die Kühe sind relaxt, aber nicht bekifft“. pm

Wenn die Mehrwertsteuer erhöht wird

Die Union hatte für den 1.1.2006 die Erhöhung der Mehrwertsteuer angekündigt. Das war ehrlich. Was das für die Landwirtschaft bedeutet und was die Regierung zu berücksichtigen hat, wenn sie diese Steuer erhöht, erläutert Dieter Berg

Nach der Verwunderung über das interessante bis kuriose Wahlergebnis rückt so langsam wieder die Frage in den Vordergrund, wer macht denn was mit wem in welchen Politikfeldern, wenn der mit dem oder jener koalitiert. Regelmäßig in der Diskussion ist dabei die Steuerpolitik, welche alle plagt (die welche zahlen müssen und die welche kriegen).

Die Schlagworte in der Sache sind dann regelmäßig die Steuererhöhung, die Steuersenkung, die Steuervereinfachung, die Steuergerechtigkeit und so weiter. Nicht nur in der Politik spielt die Steuer eine große Rolle, nein auch die Literatur wird von diesem Thema beherrscht. So hält sich hartnäckig die Aussage, dass ca. 50 Prozent der weltweit verlegten Steuerliteratur in deutscher Sprache erscheint. Da kommt das Land der Dichter und Denker wieder zum Vorschein.

Die Personen in dieser Vorstellung sind mit Künstlernamen bekannt unter dem „blanken Hans“, dem „Herrn Professor im Kohlenkeller“, der „Mehrwertsteuererhöhungs-Angie“ dem „Bierdckel-Steuererklärungs-Merz“, dem „Steuersenkler-Guido“. Anhand dieser Aufzählung mag man erkennen, dass es sich doch um ein kompliziertes Thema handelt.

Mehrwertsteuer

Die Mehrwertsteuererhöhung (auch Umsatzsteuer oder Vorsteuer genannt) ist ein beliebtes und gefürchtetes Instrument. Zum einen kann der Fiskus mit einer verwaltungstechnisch sehr einfachen Maßnahme sehr schnell große Steuereinnahmen mobilisieren. Zum anderen trifft eine Mehrwertsteuererhöhung Mitbürger mit geringem Einkommen sehr hart, weil fast alle Produkte und Dienstleistungen (außer steuerbefreiten Umsätzen [Arzt etc.] und Umsätzen mit niedrigem Steuersatz, derzeit 7 % bei Lebensmitteln u.a.) auf einen Schlag 2 % teurer werden. Ob der Handel die 2 % tatsächlich im Laden auf den heutigen Preis aufschlägt, ist dabei nicht sicher. Denkbar ist auch, dass zwar 2 % mehr an Steuern an den Fiskus gehen, aber der Preis weniger stark steigt; dann tragen die Lieferanten des Handels die Last. Werden die Preise erhöht, führt das zu einer Minderung der Binnennachfrage (die Leute können mit dem vorhandenen Geld weniger Güter und Dienstleistungen kaufen) und es fördert die Schwarzarbeit, da der Anreiz steigt, mehr und mehr Umsätze ohne Quittung in bar und ohne entspre-

chende Versteuerung zu tätigen. Von daher ist eine Mehrwertsteuererhöhung mit ihren eigenen Problemen gesegnet. Wie auch immer, der CDU muss Respekt gezollt werden, dass sie vor der Wahl klar und deutlich gesagt hat, dass sie die Mehrwertsteuer erhöhen will.

Da zum jetzigen Zeitpunkt noch keiner richtig weiß, wer mit wem koalitiert, kann man sich ja mal vollkommen frei überlegen, welche Forderungen bei einer Mehrwertsteuererhöhung aus Sicht der Landwirtschaft erhoben werden sollten.

Dann auch Pauschale

Zum einen muss die Forderung sein, für Lebensmittel, landwirtschaftliche Produkte, Vieh, Saatgut usw. den Mehrwertsteuersatz weiterhin bei den verminderten 7 % Mehrwertsteuer zu belassen. Eine Erhöhung für lebensnotwendige Güter (Lebensmittel) belastet einkommensschwache Personen und Haushalte.

Belastet werden auch viehhaltende Betriebe mit geringem Zukauf an Betriebsmitteln, da für diese in der Regel eine Abrechnung der Mehrwertsteuer mit dem Finanzamt (so genannte Regelbesteuerung mit Umsatzsteuererklärungen) nicht in Frage kommt. Für sie gibt es die unbürokratische Möglichkeit der Pauschalierung (nach § 24 Umsatzsteuergesetz): Sie verrechnen die eingekauften Waren gezahlten nicht mit dem Finanzamt, sondern berechnen beim Verkauf ihrer Waren einen verminderten Mehrwertsteuersatz. Der liegt derzeit bei 9 %, er lag zeitweise auch schon bei 10 %. Aus Gründen der Vereinfachung geht man bei ihnen davon aus, dass bei 9 % Vorsteuerpauschale auf der einen Seite und teilweise 7 % (Futtermittel) beim Betriebsmitteleinkauf per Saldo keine Zahllast entsteht. Wird diese Balance mit einer einseitigen Mehrwertsteuererhöhung (auf den Betriebsmitteleinkauf) verschoben, so müsste auch die Vorsteuerpauschale auf ca. 10,5 % erhöht werden, um die Belastung für die pauschalierenden Betriebe auszugleichen.

Selbständige einbeziehen

Die Mehrwertsteuererhöhung soll laut Wahlprogramm der Union maßgeblich zur Entlastung bei den Beiträgen zur Ar-

beitslosenversicherung verwendet werden. Dass soll die Arbeitskosten in Deutschland reduzieren.

Setzt man dabei aber nur bei der Arbeitslosenversicherung an, werden sozialversicherungspflichtige Beschäf-

ten, das überall dort, wo Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden, auch Entlastungen durch die Mehrwertsteuererhöhung ankommen. Die Entlastung (Förderung) des Arbeitsplatzes sollte im Vordergrund stehen.

Fazit

Es bleibt festzuhalten:

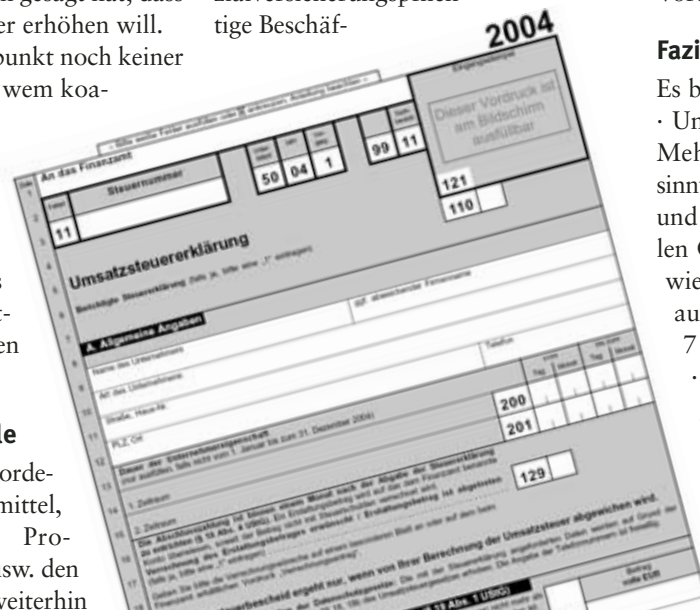
- Unabhängig von der Frage, ob eine Mehrwertsteuer gesamtwirtschaftlich sinnvoll ist (Stichworte Binnennachfrage und Schwarzarbeit), sollten aus sozialen Gründen Waren des Grundbedarfs wie Lebensmittel von einer Erhöhung ausgenommen und der Steuersatz bei 7 % belassen werden.

- Damit pauschalierende Betriebe mit geringem Betriebsmittelzukauf (vor allem viehhaltende Betriebe, die auf betriebsinterne Futterkreisläufe setzen) nicht einseitig belastet werden, ist der Pauschalierungssatz von derzeit 9 % auf 10,5 % zu erhöhen.

- Eine Entlastung der Arbeitskosten allein bei den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung

würde bei der selbständigen Arbeit nicht greifen und sie daher benachteiligen. Es sollte deswegen überall dort, wo Sozialbeiträge gezahlt werden, entlastet werden.

Dieter Berg, gelernter Steuerberater, AbL Rheinland-Pfalz und Saarland



2 % mehr Umsatzsteuer ist umstritten. Wenn das kommt, muss auch der Satz für pauschalierende Betriebe erhöht werden.

tungsverhältnisse (Arbeitnehmer mit Kranken-, Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung) entlastet, Selbstständige (Landwirte, Handwerksmeister, Gewerbetreibende, Ich-AGler und Freiberufler) dagegen gehen leer aus. Das kann ja eigentlich nicht richtig sein. So sollte man doch eher in Erwägung zie-

Wahlergebnis eindeutig

Verbände-Plattform sieht sich bestätigt

Ein breites Bündnis von Verbänden aus Landwirtschaft, Umwelt- und Tierschutz sieht sich durch das Ergebnis der Bundestagswahl bestätigt. „So schwierig die Regierungsbildung auch ist, so eindeutig ist der Auftrag der Mehrheit der Bevölkerung an alle Parteien, die wirtschaftliche Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen nicht gegen die Belange von Lebensqualität, Verbraucher-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz zu stellen, sondern zum gegenseitigen Gewinn mit diesen Zielen zu verbinden“, heißt es in einem gemeinsamen Papier, das sich an die Parteien richtet. Konkret fordern die Verbände u. a.:

- eine Politik für die ländlichen Räume, die sowohl der Schaffung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft als auch dem Schutz der Umwelt verpflichtet ist. Staatliche Zahlungen und die Vergabe

öffentlicher Flächen sollen diesen Zielen dienen;

- eine Innovationspolitik, die dafür sorgt, dass Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion auch ohne Gentechnik auf Dauer möglich bleiben, und dass die Risiken den Anwendern der Gentechnik als den Verursachern zugeordnet werden;
- eine Energiepolitik, die die dezentrale Nutzung erneuerbarer Energien stärkt und den Ausstieg aus der Atomenergie konsequent fortsetzt;

- eine internationale Agrarhandelspolitik, die Armut und Hunger der ländlichen Bevölkerung in Entwicklungsländern nicht mit einer Industrialisierung der Agrar- und Ernährungswirtschaft, sondern mit der Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft in Nord und Süd begegnet.

Die AbL gehört neben zwölf anderen Verbänden zu den Unterzeichnerinnen des Papiers.

Sozialversicherungen: Landwirte in allgemeine Kassen einbeziehen

Der bayrische Abl-Vorsitzende Sepp Bichler fordert die Landwirtschaft auf, aktiv über die Zukunft von Kranken-, Renten- und Unfallversicherung zu diskutieren. „Sonst wird uns was übergestülpt“

Bauernstimme: Sie sehen großen Reformbedarf bei den landwirtschaftlichen Sozialversicherungen. Wo besteht der höchste Problemdruck?

Sepp Bichler: Das größte Problem ist, dass schon jetzt auf einen aktiven Land-

den alle Einkünfte berücksichtigt, also auch die aus Vermietungen, Verpachtungen, Gewerbebereichen und so weiter. Außerdem ist es im Moment möglich, dass sich viele Gutverdienende aus der allgemeinen Solidargemeinschaft verabschieden und privat absichern – das muss geändert werden. Deswegen plädiere ich aus Sicht der kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe für die Bürgerversicherung.

Heißt das, eine Integration der Bauern kommt nur in Frage, wenn die Bürgerversicherung kommt?

Nein, das gilt auch für den Fall, dass es in Richtung Kopfpauschale geht.

Selbst bei der Bürgerversicherung ist die Gemeinschaft der Einzahler immer noch kleiner als die der Steuerzahler, die heute das eigenständige System der Bauern unterstützen. Das Finanzproblem

bleibt also?

Wir müssen uns abschnitten zu glauben, dass die Sozialsysteme billiger werden. Die Gesellschaft wird in nächster Zeit nicht weniger, sondern mehr Geld für die Sozialsysteme ausgeben müssen, denn die Gesellschaft wird älter. Für mich ist ganz klar, dass die Landwirtschaft mittel- und langfristig von ihrer Eigenständigkeit keine Vorteile hat, sondern in erhebliche Finanzschwierigkeiten gerät.

Finanziell rechnet sich das eigenständige System aber für die meisten Landwirte besser als die Integration. Über 60 Prozent der Bauern zahlen heute weniger in die landwirtschaftliche Krankenkasse als den Mindestsatz für Selbständige in den gesetzlichen Kassen.

Momentan mag das stimmen. Aber für die Zukunft mache ich jede Wette, dass es teurer wird. Denn es wird nicht immer möglich sein, diesen ständig steigenden Bedarf aus dem Bundeshaushalt zu bekommen. Und es ergibt auch keinen Sinn, dass wenn die Sozialsysteme insgesamt umgestellt werden, die Landwirtschaft immer noch ihren Sonderstatus beibehält.

Schon jetzt werden mehr als 70 Prozent der Mittel des Bundesagrarhaushalts zur Stabilisierung der Sozialversicherungen aufgebracht. Das eigenständige System wird aber in den nächsten Jahren noch teurer werden, die Zuschüsse müssten

noch steigen. Das halte ich für nicht realistisch, egal wer regiert.

Es gibt in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung Leistungen, die keine gesetzliche Krankenversicherung übernimmt – zum Beispiel die Betriebs-helfer.

Das ist ein klassisches Beispiel, was man über eine Zusatzversicherung regeln müsste.

Diesen Beitrag müssen wir ja sowieso zahlen, und wenn wir uns in allgemeine Systeme integrieren, werden wir diesen Teil separat regeln müssen.



Es wäre gerechter, die Beiträge nicht mehr am Hektarsatz, sondern am tatsächlichen Einkommen zu orientieren.



Das heißt, für die Bauern wird es auf jeden Fall teurer.

Das eine müssen wir wissen: Egal, für welches System wir uns entscheiden: Teurer wird es immer. Es sollte keiner glauben, dass das Ganze billiger wird.

Wenn es sowieso teurer wird, fragt sich, wieso wir auf den Bundeszuschuss verzichten sollen? Der einzige, der sich darüber freuen würde, wäre der Finanzminister.

Ich habe nicht gesagt, wir sollen auf den Bundeszuschuss verzichten. Ich habe gesagt, die Gelder, die wir momentan kriegen, werden wir für eine lange Übergangszeit brauchen, um diesen ganzen Wechsel überhaupt zu finanzieren.

Wir lange braucht das?

Ich gehe von 10 Jahren aus.

Wie könnte es organisiert werden, dass dieser Zuschuss auch weiterhin die Bauern erreicht und nicht in den allgemeinen Krankenkassen untergeht?

Eine Möglichkeit wäre, dem Landwirt direkt etwas zukommen zu lassen für die Finanzierung dieser Systeme. Das könnte zum Beispiel heißen, pro sozialversicherter Arbeitskraft kriegt er einen bestimmten Zuschuss aus dem Bundeshaushalt, für eine bestimmte Zeit, meinetwegen dann degressiv, also mit den Jahren abnehmend.

Als eine andere Schwierigkeit der Integration in die allgemeinen Systeme wird immer wieder die Ermittlung der Beitragshöhe genannt. Bei Arbeitnehmern ist das Einkommen eindeutig, bei Landwirten wird mit Ersatzwerten wie Flächenwerten gerechnet.

Das ist kein großes Problem. Und es wäre auch gerechter, die Beiträge nicht mehr am Hektarsatz, sondern am tatsächlichen Einkommen zu orientieren.

Kommen wir nun zur Rente...

Da ist mir eines besonders wichtig: Wir haben als Bauern im Moment nur eine Teilabsicherung. Ich hatte gerade meinen Rentenbescheid in der Post: Wenn ich 50 Jahre in die landwirtschaftliche Rentenversicherung eingezahlt habe, kriege ich 452 Euro raus – und meine Frau über die Bäuerinnensicherung vielleicht noch mal 150 dazu. Hier liegt der große Unterschied zu den gesetzlichen Rentenversicherungen. Auch die entwickeln sich zu einer Teilsicherung. Aber dort bildet die Teilsicherung die



Wenn ich 50 Jahre in die landwirtschaftliche Rentenversicherung eingezahlt habe, kriege ich 452 Euro raus.



Basis, eine Grundlage, wo man über eine Zusatzversicherung noch etwas draufschlagen kann. In der Landwirtschaft ist es umgekehrt: Hier gibt es den Aufschlag, ein Taschengeld, aber die Basis fehlt!

Wäre bei der Rente die Integration in die allgemeine Rentenkasse ein Ausweg?

Ich sehe keinen anderen. Das hätte auch noch einen Vorteil für die soziale Situation auf vielen Höfen: Momentan ist es so, dass die Altenteiler nur eine Chance haben, wenn sie entweder privat vorgesorgt haben oder – wie in den meisten Fällen – vom Hofübernehmer eine sogenannte Austragsleistung erhalten. Das führt zu einer Unmenge sozialer Spannungen auf den Höfen, wenn der Hofübernehmer sowieso in einer schwierigen finanziellen Situation steckt und dann noch jeden Monat 500 Euro an den Alten zahlen muss.



Sepp Bichler: „Egal, was wir machen, es wird nicht billiger“. Foto: Dagenbach

wirt 1,8 „Altenteiler“, also landwirtschaftliche Rentner kommen. Das, was wir in der Gesamtgesellschaft als Zukunftsproblem haben, nämlich dass der Generationenvertrag nicht mehr funktioniert, das haben wir in der Landwirtschaft mit unserem eigenständigen, also geschlossenen System der landwirtschaftlichen Sozialversicherung längst.

Welche Lösung gibt es?

Ich sehe langfristig für die Landwirte nur die eine Chance, sich in die allgemeinen Sicherungssysteme zu integrieren. Das wird natürlich eine lange Übergangsfrist brauchen, um auch die Staatszuschüsse nicht völlig aufs Spiel zu setzen. Aber wir müssen heute aktiv darüber diskutieren. Egal, wer jetzt regieren wird, die Zukunftssicherheit der Krankenversicherungen und Renten wird eines der Hauptthemen der neuen Legislaturperiode sein. Diese Diskussion dürfen wir nicht verpassen.

Mit der Bürgerversicherung und der Gesundheits- oder Kopfpauschale gibt für die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung verschiedene Modelle. Für mich ist klar, dass das gerechteste System die sogenannte Bürgerversicherung ist, weil über sie das gesamte Einkommen zur Finanzierung der Sozialbeiträge herangezogen wird. Im Moment ist das Hauptproblem, dass nur die Arbeitseinkünfte herangezogen werden. Bei der Bürgerversicherung wer-

Niederländer veröffentlichen Zahlungen

Sie folgen damit den Briten, Dänen, Iren und Schweden

Nun machen auch die Niederlande die Namen aller Empfänger von EU-Agrarzahungen mit der Höhe der Zahlungen öffentlich zugänglich. Die Bekanntgabe war für Ende September angekündigt und soll neben Name und Zahlungsbetrag auch die Anschrift des Empfängers, das Datum und die Rechtsgrundlage der Auszahlung umfassen.

Damit gibt die niederländische Regierung dem öffentlichen Druck nach, der vor allem von der Evert Vermeer Stiftung entwickelt worden ist. Diese entwicklungspolitische Stiftung koordiniert eine EU-weite Kampagne unter dem Titel „EU Coherence“ (www.eucoherence.org). Sie will damit zeigen, dass die EU-Zahlungen auch innerhalb der EU die kleineren Betriebe benachteiligen, weil große Teile der Zahlungen sich auf wenige, große Betriebe – international tätige Konzerne, Großbetriebe und Landadel – konzentrierten.

Die Kampagne „EU Coherence“ zeigt Erfolg. Denn vor den Niederländern haben bereits die Regierungen in Dänemark, Schweden, Großbritannien und Irland Angaben zu den Zahlungen veröffentlicht. Finnland bereite die Veröffentlichung vor,

in Spanien haben drei Regionalregierungen Daten zugänglich gemacht, heißt es. Zu den größten Profiteuren der EU-Agrargelder, die bisher genannt wurden, zählen der dänische Molkereikonzern Arla Foods mit 182 Mio. Euro und der bisherige größte europäische Fleischkonzern Danish Crown mit 16,7 Mio. Euro (jeweils zusammen für die Jahre 2002 und 2003).

In Deutschland wehrt sich der Bauernverband gegen Ansinnen, auch hier die Zahlungen offen zu legen. Im Wochenblatt Westfalen-Lippe schreibt sein Chefredakteur: „... Doch manches gerät den Niederländern auch daneben. Per Gesetz will Den Haag jetzt festlegen, dass die staatlichen Prämienzahlungen an die Bauern in jedem einzelnen Fall öffentlich gemacht werden. Das Ergebnis kann man sich vorstellen: Die Öffentlichkeit wird sich entrüsten über Einzelfälle, bei denen Prämien in fünfstelliger oder gar sechsstelliger Höhe gezahlt werden.“

Die Angst scheint groß zu sein, dass die Steuerzahler nachfragen, warum in Deutschland rund ein Prozent der Betriebe knapp 30 Prozent aller EU-Mittel erhält, etliche Betriebe darunter mit mehreren Millionen Euro jedes Jahr. *uj*

Fortsetzung von Seite 4 ►

Wie steht es mit der Bäuerinnensicherung?

Ich glaube, dass heutzutage 80-90 Prozent der Bäuerinnen, die in die Landwirtschaft einheiraten, aus gesetzlichen Systemen kommen. Deswegen wäre es eigentlich logisch, dieses weiterzuführen. Ich bin natürlich für eine Absicherung der Frauen in der Landwirtschaft, aber ich denke, dass sich hier die Situation in den letzten Jahren gravierend verändert hat.

Die Integration muss selbstverständlich – wie auch bei der Krankenversicherung – ein langsamer und schrittweiser Weg sein.

Bürgerversicherung und Kopfpauschale

Zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung gibt es derzeit zwei Modelle. SPD, Grüne und die Linkspartei favorisieren die so genannte Bürgerversicherung, bei der alle Bürger – einschließlich Beamte und Selbständige – einen bestimmten Prozentsatz (bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze) aus der Summe aller eigenen Einkünfte (Lohnarbeit, Kapitalerträge, Mieteinnahmen u.a.) einzahlen.

Die Union befürwortet die Kopfpauschale, auch Gesundheitsprämie genannt, in die alle Bürger, unabhängig von ihren Einkunftsarten, einen gleich hohen Betrag einzahlen. Geringverdiener sollen aus Steuermitteln einen Zuschuss erhalten. *al*

Bleibt noch die Unfallversicherung.

Aus meiner Sicht müsste man auch bei der Unfallversicherung schleunigst eine Regelung finden, den Beitrag an das Einkommen zu koppeln statt an die Fläche. Und sicherlich werden wir auch prüfen müssen, welche Leistungsbereiche man in private Zusatzversicherungen auslagern kann. Ich bin nicht für eine totale Privatisierung, aber für die Auslagerung bestimmter Segmente. Wobei ich ausdrücklich nicht möchte, dass man sagt, solche „Risiken“ wie zum Beispiel Viehhaltung sind auszuklammern!

Überfordern wir uns in der Landwirtschaft nicht mit so vielen Reformen?

Nein, die große Gefahr ist doch, dass uns irgendetwas von anderen übergestülpt wird, wenn wir uns an der Diskussion jetzt nicht selbst aktiv beteiligen. Das Thema „Soziale Sicherungssysteme“ ist eines der zentralen Themen der Landwirtschaft überhaupt, und ich meine, dass die AbL die wichtige Aufgabe hat, jetzt ganz aktiv in die Diskussion einzusteigen – und nicht aufgrund der unendlich vielen Fragen und Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, abzuwarten. Überall werden diese Themen diskutiert, bloß die Landwirtschaft wird bisher gar nicht ernsthaft mit einbezogen.

Vielen Dank für das Gespräch!

al/uj

Kurzes am Rande

EU-Agrarausgaben 2004 gesunken

Die Europäische Union (EU) hat im Jahr 2004 insgesamt 43,6 Mrd. Euro für Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raums ausgegeben. Gegenüber dem Vorjahr 2003 (44,4 Mrd. Euro) ist das – trotz der Erweiterung der EU um 10 neue Mitgliedstaaten – ein Rückgang von 1,8 Prozent. Frankreich erhielt die höchsten Beträge (9,4 Mrd. Euro), gefolgt von Spanien (6,3 Mrd.), Deutschland (6,1 Mrd.), Italien (5,0 Mrd.) und dem Vereinigten Königreich (4,0 Mrd.). Innerhalb der Agrarausgaben macht die „alte“ zweite Säule (Ländliche Entwicklung, hier sind Mittel aus den Strukturfonds für den ländlichen Raum nicht mitgerechnet) mit 5,4 Mrd. Euro einen Anteil von 12 Prozent aus (EU-Mittel für Deutschland: 799 Mio. Euro bzw. 13 %). Eine andere Gewichtung zeigt die Verteilung in Österreich: Hierhin flossen 2004 an EU-Mitteln für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung zusammen 1,1 Mrd. Euro, davon mit 470 Mio. Euro stolze 43 % für die zweite Säule.

Die EU-Ausgaben für Strukturpolitik erhöhten sich im Gegensatz zu den Agrarausgaben von 28,5 Mrd. Euro auf 34,1 Mrd. Euro (+ 19,8 %); hier ist Spanien der größte Empfänger vor Deutschland, Italien und Portugal. Bezogen auf alle EU-Ausgabenbereiche zusammen ist Deutschland mit 11,7 Mrd. Euro der drittgrößte Empfänger. Mehr Mittel erhielten Spanien (16,4 Mrd. Euro) und Frankreich (12,9 Mrd. Euro), an vierter Stelle steht das Vereinigte Königreich (7,1 Mrd. Euro), wie aus dem Mitte September von der EU-Kommission vorgelegten „Bericht über die Aufteilung der EU-Ausgaben 2004 nach Mitgliedstaaten“ hervorgeht (im Internet: http://europa.eu.int/comm/budget/agenda2000/reports_de.htm). *uj*

„Strukturwandel auch positiv“

In den Wochenblättern wird derzeit der Einzug eines Bauernverbands-Funktionärs in den neuen Bundestag gewürdigt: Franz-Josef Holzenkamp, Vizepräsident des Niedersächsischen Landvolkverbands ist neuer CDU-Abgeordneter. Im Interview mit dem Ernährungsdienst sagte Holzenkamp auf die Frage „Was ist wichtiger: Möglichst vielen Betrieben die Existenz sichern oder den Wachstumsbetrieben helfen?“: „Strukturwandel ist nicht nur negativ, sondern für die Betriebe, die wachsen müssen, auch positiv. Man kann nur politisch Rahmenbedingungen gestalten, in denen sich die wettbewerbsfähige Landwirtschaft durchsetzt. Anders wird es nicht gehen, auch nicht in Bayern.“ *uj*

Zwei Drittel der Bauern wählten Union

Einer Befragung der Forschungsgruppe Wahlen am Tag der Bundestagswahl zufolge haben knapp 65 Prozent der Bauern diesmal CDU/CSU gewählt, was ein Prozentpunkt weniger war als bei der letzten Bundestagswahl. Zweitstärkste Partei wurde bei den Landwirten die SPD mit 13,3 Prozent (- 5,5 Prozentpunkte). Die FDP kam auf 9,1 Prozent (+ 5,8), die Linkspartei/PDS auf 5,5 Prozent, Bündnis 90/Die Grünen auf 2 Prozent (- 1). *pm*

Riesig und ineffizient

In Russland steigt die Zahl von Agroholdings und Agro-Financial-Complexes (Afig) mit jeweils etwa 100.000 Hektaren und Ausdehnung über mehrere Produktionsstufen (laut ZMP 300 Betriebe, vor allem in Südrussland). Das IAMO-Institut in Halle berichtet über einen Anteil dieser Agrarkonzerne im Verwaltungsbezirk Moskau von bereits mehr als 30 Prozent, obwohl diese häufig ineffizienter arbeiteten als andere Betriebe. Ursache: Viele vorherige Agrarbetriebe gingen bankrott und sammelten sich so in den Händen von Gläubigern. Auf diese Weise habe das Energieunternehmen Gazprom die Kontrolle über 93 Agrarbetriebe übernommen. Die „Jug Russi“ ist laut ZMP mit 142.000 ha einer der größten Pflanzenölerzeuger Russlands, auch die Märkte für Zucker, Fleisch und Milch werden demnach von wenigen solcher Großunternehmen beherrscht. Daneben gibt es nach wie vor 24.000 Kolchosen und Staatsbetriebe, davon sind selbst nach offiziellen Angaben mehr als 50 Prozent unrentabel. Über die Hälfte der Kartoffeln, des Gemüses, des Schweinefleisches und der Milch erzeugen die 16 Millionen Hauswirtschaften und sichern damit das Überleben vieler Menschen. Etwa eine Viertelmillion Bauernwirtschaften (durchschnittlich 70 ha groß) hat mit unsicheren Eigentumsverhältnissen, staatlicher Missachtung, Kapitalmangel, schlechter Technik und Ausbildung zu kämpfen – und doch ist ihre Wertschöpfung je Hektar deutlich besser als die der Großbetriebe, ihre Zahl nimmt laut DLG-Mitteilungen weiter zu. *pm*

Berlin verkauft Milch-Anlagen

Die Stadtgüter Berlin GmbH hat nach langen Verhandlungen drei ihrer Milchviehanlagen (die aus DDR-Zeiten stammen) für knapp 9 Millionen Euro an eine Kommanditgesellschaft verkauft. Dahinter steht der Niederländer Gerrit Vrieling, der bereits Milchviehbetriebe in Bandelin (Mecklenburg-Vorpommern) und in Holland besitzt. Der neue Betrieb „Stadtgut Berlin Süd Vrieling“ mit den Gütern Großbeeren, Sputendorf und Waßmannsdorf umfasst 7.200 Hektar mit 3.000 Milchkühen und 1.200 Färsen. Im Gegensatz zu anderen Bietern hatte Vrieling keine Probleme mit den Auflagen, eine gentechnikfreie Produktion zuzusichern und 130 Hektar ökologisch zu bewirtschaften. Der Berliner Senat will nun auch die nördlichen Güter Wandsdorf, Joachimshof, Schönerlinde, Birkholz und Albrechtshof (mit 6.000 ha und 3.000 Kühen) verkaufen. *pm*

Weidegang für finnische Kühe

Die finnische Regierung hat angeordnet, dass Kühe und Färsen in Anbindehaltung mindestens 60 Tage zwischen Mai und September auf die Weide müssen. *pm*

1 Milliarde Tassen Transfair-Tee getrunken

In diesen Tagen dürfte in Deutschland die ein-milliardente Tasse Tee getrunken werden. Das nimmt zumindest der TransFair-Verein an. Vor 10 Jahren gab es zum ersten Mal fair gehandelten Tee mit TransFair-Siegel in Deutschland zu kaufen. Beim Tee hätten sich von Anfang an Branchenführer am Fairen Handel beteiligt. So hat fair gehandelter Tee nach Kaffee die höchste Distributionsrate: Die verschiedenen Sorten sind in rund 20.000 Supermärkten, Bioläden sowie 800 Weltläden erhältlich. Auch in diversen Großkantinen wird inzwischen Tee mit dem Siegel ausgeschenkt. Zusätzlich zu kostendeckenden Abnahmepreisen und langfristigen Lieferbeziehungen profitierten die Tee-Produzenten seit 1995 von rund 1,7 Mio. Euro Fairhandelsprämien für soziale Projekte, so der Verein, der das Siegel vergibt. Der Bioanteil des TransFair-Tees liege derzeit bei 70 Prozent. *pm*

Kunststoff aus Federn

Geflügelfedern fallen in großen Mengen an, wenn Hühner, Enten und Gänse gerupft werden. Als Füllmaterial für Kissen oder als Schreibfedern - wie früher - finden sie heute kaum Verwendung. Aber wofür könnte man sie nutzen? Amerikanischen Forschern des Agricultural Research Service in Beltsville, Maryland, ist es gelungen, zumindest im Labormaßstab aus Geflügelfedern Kunststoff herzustellen. Dazu können bekannte Herstellungsverfahren genutzt werden. Die Zusammensetzung des Kunststoffs ist vergleichbar mit dem aus Erdöl hergestellten Material wie Polyethylen oder Polypropylen. Der „Feder-Kunststoff“ könnte gut in der Verpackungsindustrie eingesetzt werden, denn er zeichnet sich durch gute Haltbarkeit und Reißfestigkeit aus und ist gleichzeitig biologisch abbaubar. *aid*

Teure „Food miles“

In England hat eine neue Studie die Diskussion über den ökologischen und sozialen Rucksack von weit her transportierten Lebensmitteln weiter verstärkt, die dort unter dem Begriff „food miles“ läuft. Laut der Studie, die vom Umweltministerium in Auftrag gegeben wurde (<http://statistics.defra.gov.uk/esg/reports/foodmiles/final.pdf>), hat sich der Lebensmitteltransport in schweren LKW (> 12 t) seit 1974 verdoppelt. 15 Prozent aller Fahrten von schweren LKWs geht demnach auf das Konto des Lebensmitteltransports. Die CO₂-Emissionen des Lebensmitteltransports werden für das Jahr 2002 auf 19 Mio. Tonnen, die sozialen und ökologischen Kosten für Großbritannien auf über 13 Mrd. Euro jährlich geschätzt. Die Ergebnisse untermauern das Vorhaben der britischen Regierung, eine Nachhaltigkeitsstrategie für die Lebensmittelwirtschaft zu entwickeln. Gedacht ist daran, die Lebensmittelketten zu verpflichten, Pläne vorzulegen, wie sie die ökologischen und sozialen Kosten ihrer Transporte bis zum Jahr 2012 um 20 Prozent reduzieren können. Schätzungen für Deutschland beziffern die reinen Transportkosten für Lebensmittel auf mehr als 4,6 Milliarden Euro jährlich. Laut Süddeutscher Zeitung geht Prof. Heißenhuber von der Uni München zusätzlich von 21 Mrd. Euro für externe Kosten wie Umweltschäden aus, die von der Allgemeinheit getragen werden. *uj*

Kurzes am Rande

Vion übernimmt auch Südfleisch

Niederländischer Konzern hält dann 70 Prozent der Rinderschlachtungen in Bayern und wird zu Europas Nummer eins

Der niederländische Konzern Vion B.V. ist mit den an der Südfleisch AG beteiligten Viehvermarktungs-genossenschaften (VVG) Oberbayern-Schwaben, Niederbayern und Nordbayern über den Kauf ihrer Aktien einig geworden. Wenn eine solche Einigung auch mit weiteren wichtigen Anteilseignern wie der DZ-Bank, der Bayerischen Raiffeisen-Beteiligungs AG und dem Bayerischen Bauernverband erfolgt ist, übernimmt Vion drei Viertel der Aktien der Südfleisch Holding. Langfristig plant der Konzern die Übernahme aller Aktien, wie die Lebensmittelzeitung berichtet. Mit einer Zustimmung der Kartellbehörden wird gerechnet.

Vion, ehemals Bestmeat, wird dann mit einem erwarteten Jahresumsatz von 6,8 Mrd. Euro Europas größter Fleischkonzern und damit die Danish Crown (Umsatz rund 6 Mrd. Euro) überholen. Die Südfleisch-Gruppe hat, einschließlich der im Verarbeitungs- und Wurstgeschäft aktiven Tochtergesellschaft Lutz AG, im letzten Jahr rund 1,1 Mrd. Euro Umsatz erwirtschaftet.

Der niederländische Konzern ist in den letzten Jahren in mehrere große Fleischunternehmen eingestiegen: 2002 bei Moksel, 2003 bei der niederländischen Dumeco, im März 2004 folgte die Fusion mit der Nordfleisch-Gruppe (NFZ) und im September 2004 die Übernahme der niederländischen Hendrix Meat Group. So zählt der Konzern heute 9.000 Mitarbeiter in 38 Schlacht- und Zerlegebetrieben sowie 14 Produktionsstätten für SB-Fleisch, Wurst- und Convenienceprodukte, die rund 5,7 Mrd. Euro Jahresumsatz erarbeiten.

Rinderbasis sichern

Mit Moksel und Südfleisch kontrolliert der Konzern dann rund 70 Prozent aller Rinderschlachtungen in Bayern (Südfleisch alleine: 40 Prozent), wie die Lebensmittelzeitung errechnete. Auch bundesweit ist Vion nach eigenen Angaben dann Marktführer

für Rindfleisch. Die rund 375.000 Rinderschlachtungen bei Südfleisch im Jahr 2004 erhöhen die Zahl der Rinderschlachtungen der Vion-Gruppe um mehr als ein Drittel auf dann geschätzte 1,3 Millionen Rinder. Schon heute ist Vion in Europa eigenen Angaben zufolge Marktführer im Rinderbereich. Experten sehen in der Übernahme auch eine Strategie zur Absicherung der Rohstoffbasis für Rindfleisch. Es wird davon ausgegangen, dass die Rinderhaltung vor dem Hintergrund der Entkopplung der Rinderprämien in der EU um rund 10 Prozent eingeschränkt wird.

Bei den Schweinen sieht sich Vion derzeit als die Nummer zwei in Europa (nach Danish Crown) und gibt seine Schlachtungen mit 16,2 Mio. an. Auch nach Übernahme der 1,8 Mio. Schweineschlachtungen, auf die Südfleisch im Jahr 2004 kam, bleibt Vion der 2. Platz.

Betriebe stilllegen

Eine Folge der Fusion dürfte auch die Umstrukturierung der Schlachtbetriebe sein, da einige der Südfleisch- und Moksel-Betriebe nur wenige Kilometer voneinander entfernt liegen. Die Vion-Tochter NFZ im Norden hat gerade angekündigt, den Schlachthof in Kalkar (rund 230.000 Schweine- und 30.000 Rinderschlachtungen im Jahr) zu schließen.

Die Vion-Gruppe selbst ist auch nicht mehr als eine Tochter, wenn man es genau nimmt, nämlich der Sovion N.V. Das ist ein niederländisches Unternehmen, dessen Anteile von der Zuidelijke Land- en Tuinbouworganisatie (ZLTO) gehalten werden, einer Genossenschaft von 19.000 Mitgliedern, davon gut 12.000 landwirtschaftliche Betriebe. Eine andere Tochter der Sovion ist die Holding Sobel, deren Tochterfirmen unter anderem in der Verarbeitung von Schlachtnebenprodukten und in der Gelatine-Produktion tätig sind.



Der Vion-Konzern (ehemals Bestmeat), der eine Tochter den niederländischen Genossenschaft ZLTO ist, will anbauen und die Südfleisch Holding (einschließlich Lutz Fleischwaren AG) übernehmen.

Abbildung: Vion

Fusionen der Raiffeisen-Zentralgenossenschaften: keine Erfolgsgeschichte für Landwirte

Innerhalb des Geflechts der Raiffeisen-Zentralgenossenschaften gibt es neue Bewegung, zumindest was die Fusionen und Gebietsabgrenzungen betrifft. Ungebrochen scheint jedoch in den Zentralen der einseitige Glaube an Wachstum und Größe. Gleichzeitig wächst die Angst vieler Landwirte, dass es in bestimmten Regionen bald kaum noch Konkurrenz im Landhandel geben könnte.

Baywa AG dominiert in Süddeutschland

Die allmächtige Baywa AG hatte vor einigen Jahren die Lagerhäuser der südwestdeutschen WLZ-Genossenschaft übernommen. Dies rief das Bundeskartellamt auf den Plan, weil eine deutliche marktbeherrschende Stellung der Baywa gegenüber den Landwirten drohte. Die Baywa wurde verpflichtet, eine bestimmte Zahl der übernommenen WLZ-Landhandels-Standorte wieder zu verpachten. Lange klappte das nicht, auch ein Indiz für die einseitige Landhandelsstruktur im Baywa-Land und die Schwäche des dortigen privaten Landhandels. Zuletzt wollte das private Landhandelsunternehmen Zirn GmbH & Co.KG. pachten.

Nun aber warnten Bauernverbandsfunktionäre aus Baden-Württemberg vor regionalen „Monopolstrukturen“ durch Zirn. Ganz anders sahen das viele Landwirte der Region, die dadurch eher eine langfristige Festigung der Monopolstellung der „übermächtigen Baywa“ befürchteten: Die Firma Zirn solle offenbar im Interesse der Baywa die unangenehme Aufgabe der Strukturereinigung übernehmen, um dann selbst von der Baywa übernommen zu werden.

Die Baywa, mit ihrer marktdominierenden Stellung in Süddeutschland und ihrer Expansion nach Österreich und Osteuropa mittlerweile bei über 6 Mrd. Euro Umsatz, kündigte denn auch die Verringerung ihrer Standorte von bisher 350 auf 200 bis 2010 an. Gleichzeitig kamen bei der Baywa-Hauptversammlung Stimmen von kritischen Aktionären auf: die Vielzahl von Geschäftsfeldern mache den Konzern immer „unübersichtlicher“.

Norddeutschland: Agravis und team AG konkurrieren

Im hohen Norden der Raiffeisen-Landschaft erwarb die rasch expandierende Landhandelsgesellschaft team AG gemeinsam mit der größten dänischen Genossenschaft „DLG“ die Mehrheit an der Kieler Raiffeisen Hauptgenossenschaft Nord AG. Die neue Firma wird auf ca. 1 Mrd. Euro Umsatz kommen.

Diesen norddeutsche Zusammenschluss wiederum bewerten Beobachter als Rück-



Ungebrochen: einseitiger Glaube an Wachstum und Größe...

Foto: Archiv

schlag für die Agravis AG, die kürzlich aus der Fusion der Raiffeisen-HG Nord in Hannover mit der Raiffeisen-Central-Genossenschaft in Münster entstanden ist. Die Agravis hatte sich die Übernahme der Kieler Hauptgenossenschaft zum Ziel gesetzt. Jetzt wollen beide ihre Expansionspläne in Richtung Osten weiterverfolgen, aber im Rahmen einer „vernünftigen Koexistenz“ solle jeder in seinen „Hoheitsgebieten“ bleiben, so Agravis-Chef Große-Frie.

Offen bleibt, ob die Agravis auch hinsichtlich ihrer Fusionsabsichten mit der Kölner Raiffeisen-Waren-Zentrale Rhein-Main eG (RWZ) scheitert. In der Branche heißt es, die RWZ liebäugle eher mit der Baywa AG. Das würde die Agravis dann doppelt unter Druck setzen, zumal das letzte Geschäftsergebnis trotz 3,7 Mrd. Euro Umsatz noch negativ blieb.

Große Raiffeisen-Zentralen mit schwacher Bilanz

Die RWZ, erst 1999 durch die Fusion der Raiffeisen HG Frankfurt und der RWZ Köln entstanden, hatte ihrerseits mit millionenschweren „Schieflagen“ bei Sojaschrot und Heizöl zu kämpfen, verursacht durch Spekulationsgeschäfte bei Warentermingeschäften. Vorstandsmitglied Kurt Jäger trat zurück. Unklar bleibt, ob der bisherige Vorstandsvorsitzende, der hessische Bauernverbandspräsident Heinz-Christian Bär, die Spekulationsgeschäfte abgesegnet hat. Zum neuen Vorstandsvorsitzenden wählte man auch hier wiederum einen Bauernverbandsfunktionär, den Präsidenten des Rheinischen Landwirtschafts-Verbandes (RLV) Friedhelm Decker. Trotz des Umsatzes von 1,4 Mrd. Euro gab es somit auch in diesem Jahr keine Rückvergütungen oder Dividen-

den für die Mitglieder (kleinere Genossenschaften).

Aus einer „Randlage“ herausgearbeitet hat sich nach eigener Einschätzung die kleinere Karlsruher Zentralgenossenschaft ZG Raiffeisen, mit einem Umsatz von 0,5 Mrd. Euro und einer Dividende von 4 Prozent. In ähnlichen Größenordnungen bewegt sich die Kasseler Raiffeisen-Warenzentrale Kurhessen-Thüringen.

Regionale Ebene erfolgreicher

Insgesamt also keine berauschende Erfolgsbilanz der großen Raiffeisen-Zentralen. Demgegenüber vermelden etliche regionale und damit kundennähere Primärgenossenschaften durchaus gute Ergebnisse. Der Leiter des Brüsseler Verbindungsbüros des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), Dr. Memmert, gestand denn auch im „Ernährungsdienst“ ein, dass es neben den staatenübergreifenden Wachstums-Strategien mancher Zentralen viele erfolgreiche Strategien auf regionaler Schiene gäbe.

Dennoch griff DRV-Präsident Nüssel bei der Raiffeisen-Mitgliederversammlung die Entscheidung der EU scharf an, die Vermarktungsförderung im Rahmen der ländlichen Entwicklung auf kleinere Unternehmen zu beschränken. Er forderte stattdessen staatliche Hilfen bei einer „aktiveren Exportpolitik“. Neu in das DRV-Präsidium gewählt wurden denn auch drei Vertreter der Genossenschaftszentralen: der Agravis-Vorsitzende Dr. Clemens Große-Frie sowie Dr. Helfried Giesen (Westfleisch eG) und Wolfgang Zoll (Südfleisch Holding AG, deren Verkauf an die holländische Bestmeat/Vion ansteht).

Geldgeber ohne Rechte

Über seine Erfahrung mit der Genossenschafts-Großmolkerei Nordmilch AG berichtet der Milchzeuger Michael Behrens, der seine Milch heute über den Bundesverband der Milchviehhalter (BDM) vermarktet, in der Zevenner Zeitung:

Zunächst hatte er gezögert, seine Milch an eine andere Molkerei als die Nordmilch zu liefern. Die Werkschließung der Molkerei Nordheide-Bremerland nach der Großfusion mit der Nordmilch brachte seine Überlegungen, der Molkerei den Rücken zu kehren, erst ins Rollen. Nach der Kündigung reagierte die Nordmilch demnach mit Drohungen. Seine Schlussfolgerung: „Da ist mir erst bewusst geworden, was ich im Unternehmen bin: Ein Geldgeber, mit dem man willkürlich umspringen kann...“ Kritik äußert Behrens auch an der Verflechtung Bauernverband (in Niedersachsen: Landvolk) und Genossenschaften: dass Beiratsvorsitzende der Nordmilch auch einen Vorsitz im Landvolkverband halten, ist für ihn unvereinbar. „Das Landvolk muss sich gewaltig drehen, sonst haben sie bald keine aktiven Mitglieder mehr...“ pm

Lombok: Bauern kämpfen um ihr Land

Seit 1995 kämpfen die Bauern von Lombok, einer Insel in Indonesien, um ein 850 ha großes Stück Land, das nach dem Willen der lokalen Regierung zum Bau eines internationalen Flughafens dienen soll. Dieses Vorhaben steht jedoch im Widerspruch zu den Bedürfnissen der Bevölkerung, da in der Provinz Hunger und Mangelernährung an der Tagesordnung sind und somit die Nahrungsmittelproduktion von elementarer Bedeutung ist. Der Tourismus hingegen ist seit Jahren rückläufig und scheint auch nur für einige Unternehmen Gewinne zu versprechen. Dennoch versuchen Paramilitärs, Polizei und verschiedene private Akteure, die dort ansässigen Bauern von ihrem Land zu vertreiben.

Am 18. September wurde eine Delegation von Via Campesina und FSPI (Foundation of the peoples of the South Pacific International) gewaltsam daran gehindert, auf einer Versammlung mit den betroffenen Bauern zu sprechen, obwohl die Veranstaltung zuvor angemeldet und genehmigt worden war. Als einer der Bauernvertreter daraufhin eine öffentliche Erklärung verlesen wollte, begann die Polizei ohne Vorwarnung auf die versammelte Gruppe von ca. 1000 Bauern zu schießen. 37 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Via Campesina will das Thema jetzt an die internationale Öffentlichkeit bringen und die indonesische Regierung dazu bewegen, gegen die Gewaltanwendung der Lokalregierung vorzugehen und die Eigentumsrechte der Bauern zu respektieren. Falls dies keine Wirkung zeigt, will sich Via Campesina direkt an das UN-Komitee für Menschenrechte wenden. *pm*

Bertkow gegen Agrarfabriken

Eine Bürgerinitiative wehrt sich in Bertkow bei Osterburg (Sachsen-Anhalt) gegen den Bau dreier Agrarfabriken. Der holländische Investor Adrianus Straathof will gemeinsam mit seinem Partner Erhard Wipper eine Mastanlage für 42.000 Schweine bei Plätz, einen Zuchtstandort für 8.000 Tiere bei Möllendorf und eine Ferkelaufzuchtanlage mit 25.000 Plätzen bei Walsleben errichten. Die Einwohner der Dörfer befürchten nicht nur eine massive Geruchs- und Verkehrsbelastung, sondern auch gravierende Beeinträchtigungen von Natur und Tourismus und den Ruin kleinerer Schweinehalter. Die versprochene Zahl von 60 neuen Arbeitsplätzen stieß bei einer Dorfversammlung auf Unglauben. *pm*

26 Agrarfabriken verhindert

Der massive Widerstand gegen Agrarfabriken hat in Mecklenburg-Vorpommern die meisten Agrarindustriellen „in die Flucht geschlagen“, so die Schweriner Volkszeitung. Auch laut Thomas Pitschmann, Chef der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern, ist das Interesse ausländischer Investoren angesichts der Probleme „abgeflaut“. Von den Mitte der 90er Jahre ausgewählten Standorten seien nur noch vier übrig geblieben. Allerdings sollen an folgenden Standorten jetzt doch die Bautrups anrücken: im vorpommerschen Penkun, in Suckow bei Schwerin und in Wendisch-Priborn bei Plau. In Medow soll laut BUND mit dem Bau einer 15.000-Schweine-Anlage bereits begonnen worden sein, nachdem das Staatliche Amt für Umwelt und Natur – trotz laufender Klagen und Einwände – die sofortige Vollziehung genehmigt habe. *pm*

Dorf besiegt Coca Cola

In Südindien haben die Dorfbewohner von Plachimada nach zwei Jahren einen Erfolg gegen Coca Cola errungen: Die Abfällanlage des Konzerns wird laut Gerichtsbeschluss geschlossen. Die Coca-Cola-Kritiker hatten auf den absinkenden Grundwasserspiegel durch die Grundwasserentnahme hingewiesen. Die vom Konzern als Düngemittel an die Bauern abgegebenen Nebenprodukte enthielten Schwermetalle. In den Getränkeproben von Coca Cola und auch Pepsi-Cola wurden zudem Pestizide oberhalb der zulässigen Grenzwerte gefunden. *pm*

Kurzes am Rande

Hochleistungszucht führt in Sackgasse

Pro Tier-Förderpreis für tiergerechte Züchtung vergeben

Ausgezeichnet wurden am 1. September in Berlin sechs ökologische und konventionelle Betriebe und Initiativen, die sich neben artgerechter Haltung vor allem für eine tiergerechte Zucht landwirtschaftlicher Nutztiere einsetzen.

Über 90 Prozent der Nutztiere stammen heute aus dem Genpool einiger weniger Konzerne, die einseitig an Höchstleistung orientiert sind. Mehr Milch, mehr Eier, mehr Fleisch – und das in immer kürzerer Zeit. Darunter leidet nicht nur die Qualität der erzeugten Lebensmittel, sondern vor allem auch die Tiere, die in industrieller Massentierhaltung mit intensivster Fütterung ihre arttypischen Verhaltensweisen schon lange nicht mehr ausleben können. So treten vermehrt Krankheiten und Schäden auf, die mit den extrem hohen Mastzunahmen, Milch- oder Legeleistungen in unmittelbarem Zusammenhang stehen.

Auch schwindet die genetische Vielfalt mit ihren standortangepassten und robusten Rassen.

Hier will die *Allianz für Tiere* entgegenwirken und mit der Vergabe des „Pro Tier-Förderpreises“ ein Signal setzen.

Einer der Preisträger ist Dr. Günter Postler mit der Arbeitsgemeinschaft Rinderzucht auf Lebensleistung, der zusammen mit Prof. Bakels bereits vor 25 Jahren damit begonnen hat, die Rinderzucht wieder auf hohe Lebens(milch)leistung statt Laktationsleistung der Tiere auszurichten. Besonders in den letzten Jahren, so Postler,

wo der Kostendruck wegen niedriger Milchpreise ständig steigt, mehrte sich das Interesse der Bauern, da sie durch höhere Lebensleistung und Robustheit Tierarzt- und Aufzuchtungskosten sparen können.

Weitere Preisträger sind Familie Wasensteiner aus Oberbayern für vorbildliche Haltung und Zucht von behorntem Fleckvieh, die Archehöfe Büning und Pöbel, die sich



In seinem Schlusswort dankte Karl Ludwig Schweisfurth, Mitbegründer der *Allianz für Tiere*, auch Frau Ministerin Künast: „Frau Künast ist die Ministerin, die bisher am meisten getan hat für freie Bauern, für Verbraucher und Tiere, und nicht nur die Interessen eines anonymen, agroindustriellen Systems vertreten hat.“ Foto: Leonhardt

um die Erhaltung und Nutzung alter Haustierrassen verdient machen sowie Rudolf Bühler von der Bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall und die Freiland Puten Fahrenzhausen GmbH. *al*

Mehr Informationen zu den Preisträgern gibt es unter www.allianz-fuer-tiere.de

Tausende tafeln gegen Gentechnik

Eine solche Demo hat es in Deutschland Enoch nicht gegeben: in 146 Städten zwischen Kiel und Friedrichshafen, Dresden und Köln tafelten am Sonntag, den 11. September Menschen aus allen Berufen und politischen Lagern genussvoll für

nahezu allen Landeshauptstädten, aber auch in vielen kleinen Städten, bestimmten die langen weiß gedeckten Tafeln das Bild auf zentralen Plätzen.

Dr. Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft, der die tafeln!-Aktion initiiert hatte, freut sich über die große Resonanz – gerade angesichts der aktuellen Diskussion um das Gentechnikgesetz: „Es ist ein Skandal, dass die Union offenbar plant, für Kontaminationsschäden durch die Gentechnik den Steuerzahler aufkommen zu lassen.“ Dabei bestätigen die jüngsten Umfragen des Forsa Institutes, dass über 75 % der Verbraucherinnen und Verbraucher – und damit der Steuerzahler – Gentechnik im Essen ablehnen. „Die Parteien müssen verstehen, dass der Schutz der Landwirtschaft ohne Gentechnik und gentechnikfreier Lebensmittel Vorrang haben muss vor den wirtschaftlichen Interessen einer Handvoll von Unternehmen der Gentechnikindustrie“ warnte Löwenstein die Union und FDP davor, das Gentechnikgesetz aufzuweichen. *pm*



6000 gentechnikfreie Frühstücksteller allein in Berlin!

Foto: BöLW

Bio und gegen Gentechnik. Die größte Aktion fand in Berlin statt, wo sich 6000 Menschen zum „Größten Bio-Frühstück der Welt“ auf dem Schlossplatz trafen. In

Betriebsspiegel

Die Alp liegt im Engadin/Schweiz, bei Guarda und wird von einer Genossenschaft getragen. Auf 2000 m NN werden ab ca. Juni bis Ende September etwa 80 Ziegen und 4 Schweine gealpt. Die gesamte Milch wird in der Alpkäserei verarbeitet und teils direkt, teils im Dorf und über die Genossenschaft vermarktet. Für die Alpbewirtschaftung sind 2 Stellen vorgesehen.

Bist Du verrückt?!... in den Ferien Bauch schaffen gehen?“ fragte mich entsetzt mein Kollege in der Gärtnerei, der es logischerweise vorzieht, seine freien Tage mit traditionellen Urlaubsbeschäftigungen auszufüllen. Ich hingegen hatte beschlossen, meinen Job als Gemüsegärtnerin für eine Woche gegen Mithilfe auf einer Ziegenalp bei Freunden im Engadin einzutauschen.

Das Melken meiner schwarzbunten Lieblinge ist bei uns immer „Chefsache“. Als Mittelgebirgsbetrieb haben wir nicht viele Alternativen zur Haltung von Wiederkäuern. Allenfalls das „Wie“ bei der Verwertung des natürlichen Grünlandes steht zur Debatte. So stehe ich also zweimal täglich mit meinen Kühen im Melkstand und freue mich über die fleißigen Mädels, die scheinbar sehr zufrieden ihren Teil der Arbeit tun.

Die Freude am edlen, weißen Saft ist aber in letzter Zeit eher getrübt. Da fragt sich der Bauer oft beim Melken, wie er denn nun dem Werteverfall seiner täglichen Arbeit begegnet: Streiken für höhere Preise oder Kuhdemos vor den Einkaufsläden? Doch da gibt's noch die freien Liegeplätze im Laufstall. Durch ein bisschen mehr Milch pro Kuh wäre dann auch eine Gruppe pro Melken mehr drin, was nicht sooo beim Saubermachen ins Gewicht fiele. Für die Betriebsquote hieße das dann: Sie muss wachsen.

Mit der Pacht vom altersbedingt aufgebenden Nachbarbetrieb samt Quote wären die zehn freien Plätze zu füllen. Und nebenbei könnten mein Nachbar und ich noch einen vernünftigen Preis aushandeln und über eine Zusammenarbeit in seiner Rentenzeit sprechen! STOP! So einfach geht's nun wieder auch nicht: Das Pachten von Quote ist so nicht erlaubt. Dafür gibt's die tolle Milchquotenbörse! Doch da fängt es in meinem Bauch an zu rumoren. Hier in NRW für Milchquote schnell mal mehr als 40 Cent hinzublättern, da sträuben sich mir die Nackenhaare! Bei sommerlich leichten Preisen von 25 Cent für das weiße Gold bleibt doch jeder Schweißtropfen unbezahlt!! Aber es gibt tatsächlich genug Berufskollegen, denen ihre hochqualifizierte Arbeit dann auch noch gut genug bezahlt

Statt im Gemüsefeld von Rübli, Salat& Co. umgeben, sitze ich auf 2500 m Höhe mit 80 „Geißen und Gitzi“. Ich genieße das Bergpanorama mit Piz Buin und schneebedeckten Gipfeln und lasse mir die Sonne aufs Fell brennen, während die Hütehündin Bischa mir auf dem Bauch liegt. Zwischendurch muss ich nach den Ziegen blinzeln in der Hoffnung, dass sie eine gute Grasstelle gefunden haben, an der sie sich bis zum Abend satt fressen können. Nach eher hektischen Gemüsezeiten eine ungewohnt gemütliche Arbeit.

Meine Alpkolleg/inn/en sind unten am Käsen, Käse schmieren, Nachtweide neu Zäunen, Kochen, Holzhacken... Die friedliche Stimmung wird zuweilen durch Touristen unterbrochen, die sich vor der feinen frischen Ziegenmilch ekeln oder

zum Beispiel fragen, ob der Bock auch gemolken wird... (so wie alle Kühe lila sind). Andere stürzen (ohne zu fragen) zur Hüttentür herein, im festen Glauben, gleich der leibhaftigen Heidi mit Almöhi zu begegnen, die nur darauf warten, müde Wanderer zu bewirten.

Unsere Alpnachbarn sind ebenso wenig wie wir in der Landwirtschaft groß geworden und haben die unterschiedlichsten Lebensläufe. Jährlich verbinden sie Job mit Alprausch und ziehen zu Hütte und Vieh in die Berge. Da ist die Familie aus Österreich, die im 10. Jahr 120 Kühe in ihrer Verantwortung hat und deren Tochter quasi mit dem Älplern aufwuchs und heute ihrem erlernten Beruf während der Alpzeit entflieht.

Ein Unikum ist Dominique, der, wie er immer stolz sagt, „seit 42 Jahren Schafe

hütet“, im Winterhalbjahr in Neuseeland, im Sommer in der Schweiz.

Hier betreut er mit Partnerin 350 Tiere. Täglich fährt er, wie aus einem Kusturika-Film entsprungen, auf einem vier-rädrigen Höllengefährt samt zwei Hunden per Fernglas die Schafe am gegenüberliegenden Steilhang kontrollieren. „Meine“ Älpler sind im städtischen Leben Sozialarbeiterin und kaufmännischer Angestellter. Im dritten Sommer lassen sie nun Basel hinter sich und fabrizieren allerfeinsten Geißenkäse. Im Herbst laden sie in der Stadt Freunde und Bekannte zu Käse-Degustation und -verkauf samt Vorführung des auf der Alp entstandenen Kurzfilms ein.

Die Alpmühseligkeiten sind ähnlich wie die der Marktfahrerin: frühes, zum Saisonbeginn sehr frühes Aufstehen, während dem ich dann doch manchmal meinem eingangs erwähnten Kollegen recht geben musste. Entlohnen tun die im Morgengrauen erscheinende Bergsilhouette, die sich langsam im Sonnenlicht rosa färbt, schneeweissdampfende Milch, ein zweites Frühstück und schließlich der Aufbruch mit den Tieren auf die Alpweiden.

Abgeschnitten von der komplexen Telekommunikationswelt bietet die Alp ein Stück „luftleeren“ Raum. Aus Rentabilitätsgründen werden, trotz Subventionen, immer weniger Tiere gealpt. Dies bedeutet zum einen ein Verlust an traditioneller Viehwirtschaft, Landschaftspflege und Arbeitsplätzen. Darüber hinaus braucht die Welt die „Experimentierzone Alp“ als Ort der Begegnung von Menschen unterschiedlichster Herkunft, zur Entdeckung nackter Tatsachen, neuer Gedanken und kreativer Ausgleichsflächen.

Kristina Fennekohl

Geißen statt Gemüse



Spekulieren an der Börse

erscheint. Die Nachfrager an der Quotenbörse liegen mit ihren Geboten sogar teilweise über den Forderungen der Anbieter. Und selbst anerkannte KammerökonomInnen bestätigen, dass hier Arbeit gekauft und bei diesem Quotenpreis keine Leistungssteigerung bezahlt wird.

Aber wieso wird es dann gemacht, frage ich mich. Heißt die Einrichtung zum Quotenhandel absichtlich Börse? Es wird dort spekuliert auf eigenes Wachstum und das Weichen anderer Betriebe. Dahinter muss die Annahme stecken, bei der zu erwartenden Marktbereinigung auf der Milchbauernseite einen besseren Milchpreis zu erzielen. Da frage ich mich dann, ob massive Forderungen nach höheren Milchpreisen nicht sogar noch mehr Spekulanten auf den Plan rufen. Sollten höhere Milchpreise erkämpft werden, bekämen

sie für ihr Handeln an der Börse auch noch im Nachhinein Recht. Für mich habe ich entschieden, die Börse zu boykottieren!

Zur Zeit denke ich darüber nach, die Milchleistung wieder zurückzufahren, die schon lange Nutzungsdauer bei unseren Kühen weiter zu verbessern und damit der Nutzung des Grünlandes entgegenzukommen. Dies müsste aber erstmal stärker ökonomisch propagiert und am Markt honoriert werden, sonst schieße ich ein Eigentor beim Zuchtviehverkauf. Schließlich bleiben ohne Quotenaufstockung freie Arbeitskapazitäten im Betrieb, die ich auf andere Weise einsetzen kann. Vertragsnaturschutz stellt eine alternative Nutzung der Betriebsflächen dar, die ja auch eine sehr extensive Beweidung zulässt. Andere Varianten des Vertragsnaturschutzes bieten die

Möglichkeit, mit der vorhandenen Maschinenausstattung Flächen unter Vertrag zu nehmen und sie nach den Richtlinien zu mähen. Die Flächen bleiben so im Betrieb und können vielleicht später dann doch mal als Futtergrundlage in Zeiten besserer Milchpreise oder angepasster Milchquotenpreise dienen.

Bernd Schmitz

Betriebsspiegel

Familienbetrieb mit Altenteiler in der Übergangsregion Kölner Bucht/Westwald
190 m ü NN
45 ha Grünland
15 ha Silomais und Getreide
10 ha div. Naturschutzflächen
2,5 ha Wald

40 schwarzbunte Milchkühe + Nachzucht im Offenfront-Boxenlaufstall
diverse Kleintiere

Perspektiven nachwachsender Rohstoffe in den USA

Energiefrage wird unter den Aspekt nationaler Sicherheit gestellt. Bush setzt auf Ausbau der Kernenergie. Einzelne Bundesstaaten machen sich stark für Bioenergie

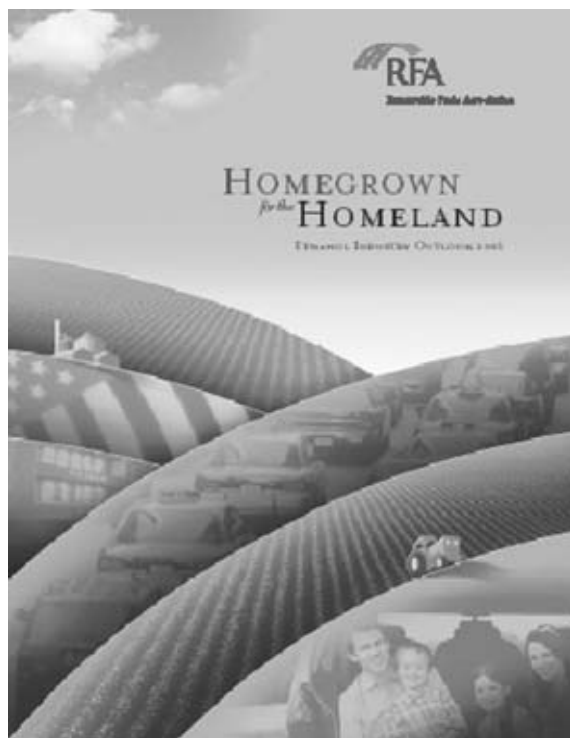
Atom überholt

Im ersten Halbjahr 2005 haben die erneuerbaren Energien in Deutschland erstmals mehr zur Energieversorgung beigetragen als die Atomkraftwerke. Wind, Wasserkraft, Sonne und Energien aus Biomasse hatten einen Anteil von 6,4 Prozent, die Atomkraft von 5,7 Prozent, wie der Bundesverband Erneuerbare Energien mitteilte. Allein auf die elektrische Energie bezogen, hatten die Erneuerbaren laut Statistischem Bundesamt einen Anteil von 9 Prozent. Daran hält die Wasserkraft 48 Prozent, Wind 39 Prozent und Biomasse 11 Prozent. Produziert wurde der „Ökostrom“ gut zur Hälfte in Anlagen von Privatpersonen, zu knapp 45 Prozent in Anlagen von Energieversorgungsunternehmen und zu 5 Prozent in Industriekraftwerken. *pm*

Biogas tanken

Im Wendland soll zum Jahreswechsel die bundesweit erste Tanksäule eröffnet werden, aus der aufbereitetes Biogas aus einer Biogasanlage getankt werden kann. Das Biomethan entsteht in der Biogasanlage, die auf dem Betriebsgelände der Raiffeisen Warengenossenschaft Jameln bereits gebaut wird. Um ein Gas in Treibstoffqualität zu erhalten, muss das Biogas gereinigt und verdichtet werden. Das übernimmt die eon-Avacon Lüneburg. Der Energiegehalt pro angebaute Hektar Biomasse sei bei Biomethan am größten, teilte das Gemeinschaftsprojekt mit, das von Regionen aktiv gefördert wird. Laut Dr. Höher vom niedersächsischen Ministerium für den ländlichen Raum werde der Anbau von Raps für die Biodieselproduktion zugunsten von Biogas als Treibstoff immer mehr an Bedeutung verlieren. *pm*

Gibt es ein Leben nach dem Öl?“, fragte die große französische Tageszeitung Le Monde Ende August im Hinblick auf die Krise in den USA, die auch Europa nicht kalt gelassen hat. Da war der Ölpreis in New York über die 70 Dollar-Marke gestiegen und US-Präsident Bush gab die strategische Reserve frei, um den Preis wieder



Heimatgewachsenes für das Heimatland – so der Titel des Berichts der US-Vereinigung erneuerbarer Kraftstoffe. Die USA setzen beim Bio-Sprit auf Ethanol, das aus Mais gewonnen wird.

unter 70 Dollar zu drücken. Hurrikan „Katrina“ hatte im Golf von Mexiko, wo mehr als ein Viertel des amerikanischen Öls und Erdgases gefördert wird, die Produktion fast zum Erliegen gebracht.

Umweltschutz für nationale Sicherheit

Weltweit sichern Öl, Kohle, Gas und Uran (Kernkraft) heute 80 Prozent der Energiequellen – bei steigendem Verbrauch! So gibt die Internationale Energie Agentur zu bedenken, dass, selbst wenn die erneuerbaren Energien bis 2030 um 60 Prozent zunehmen würden, ihr Anteil am Gesamtverbrauch sich mit 14 Prozent nicht verändern würde, weil der Verbrauch eben auch steigt. Als Weltmeister des Verbrauchs gelten die US-Amerikaner, die – bei einem vergleichbaren Konsumniveau – doppelt so viel Energie pro Einwohner verbrauchen wie die Deutschen.

So wird die Energiefrage in den USA derzeit stark thematisiert – und das nicht erst seit dem Hurrikan. Der Sicherheitsaspekt ge-

winnt seit den Anschlägen vom 11. September 2001 eine bedeutende Rolle. Verbrauchen doch die Amerikaner ein Viertel des weltweit geförderten Öls, haben aber nur 3 Prozent der globalen Reserven auf eigenem Boden. So gründete sich kurz nach dem 11. September die einflussreiche Umweltvereinigung IAGS (Institute for Analysis of Global Security), die konservative Kräfte vereint und nichts mit Hippies oder Grünen zu tun haben will – Umweltschutz als Frage der nationalen Sicherheit eben.

Bush: Sparen sollen die anderen

Schon Mitte April stellte US-Präsident Bush in seiner Grundsatzzrede zur Energiepolitik fest, dass die Energieversorgung derzeit nicht mehr schnell genug mit der Nachfrage der wachsenden US-Wirtschaft Schritt halte. Auch solle die Abhängigkeit der USA von ausländischen Energieversorgern kleiner werden. Bush's Rezept für die künftige Energieversorgung lautete: neue Kernkraftwerke (die letzte Baugenehmigung wurde 1973 erteilt), mehr Öl-Raffinerien und Erweiterung der Erdöl- und Erdgasförderung im arktischen Naturschutzgebiet. Im Gegenzug versprach Bush, sich auf dem G-8-Gipfel dafür einzusetzen, dass Länder mit großem Wirtschaftswachstum wie China und Indien ihren Energieverbrauch drosseln. Von der Automobilindustrie forderte er sauberere Diesel-Fahrzeuge. Gestiegene Benzinpreise hatten die US-Verbraucher schon Anfang des Jahres beunruhigt. Allerdings kostete ein Liter Sprit dort im Durchschnitt immer noch nur 0,45 Euro, wie dpa meldete. Oppositionelle Demokraten bemängelten dann auch, dass Bush die US-Bürger nicht zum Energiesparen aufrief und umweltfreundliche Energien aus Sonne oder Wind zu wenig vom Staat unterstützt würden.

Experten fordern Ende der Sackgasse

Druck auf die Energiepolitik der Bush-Regierung versuchte im Januar 2005 die überparteiliche Energie-Kommission mit ihrem Report „Das Ende der Sackgasse“ auszuüben. Vorsitzender John Rowe, zugleich Vorstand eines großen US-Energieversorgers, beklagte, dass eine politische Polarisierung

die Energiepolitik in den USA in eine Sackgasse geführt habe, die das Land daran gehindert habe, sich mit den größten Problemen der Zukunft zu beschäftigen. Die Experten empfahlen konkrete Programme über 36 Mrd. Dollar über die kommenden zehn Jahre. So sollen u.a. mit 3,6 Mrd. Dollar erneuerbare Energien für eine breite Anwendung marktfähig gemacht werden und mit 1,5 Mrd. Dollar großtechnische Anlagen zur Gewinnung von Kraftstoffen aus Biomasse gebaut werden. Durch diese Maßnahmen sollen die USA ihren Ölverbrauch bis 2025 um 12 bis 15 Prozent reduzieren.

Der Haushaltsentwurf, den Bush im Februar vorlegte, las sich dann aber anders: Die Ausgaben für Verteidigung und Terrorbekämpfung sollen weiter erhöht werden auf knapp 450 Mrd. Dollar im Jahr 2006, Mittel für Umweltschutz und Energie, für Bildung und Gesundheit dagegen gekürzt. Besonders stark sind die Einschnitte für Biomasse (minus 18 Prozent) und Wasserkraft (minus 90 Prozent). Insgesamt soll das Energieressort 23,4 Mrd. Dollar erhalten.

Bundesstaaten für Erneuerbare

Anfang August haben die Gouverneure von sieben amerikanischen Bundesstaaten Präsident Bush in einem offenen Brief aufgefordert, die USA innerhalb von zehn Jahren unabhängig von Erdölimporten zu machen und schlagen u.a. Steuererleichterungen vor. Als Vorbild verweisen die Gouverneure auf ihre eigenen Bundesstaaten (Wisconsin, Illinois, New Mexico, Washington, Oregon, Arizona und Montana), in denen sich der Ausbau erneuerbarer Energien schon heute positiv auf die Wirtschaft auswirke. Denn nicht zuletzt erhofft man sich von den vor Ort angebauten und verarbeiteten Energiepflanzen einen Impuls für die schwache ländliche Wirtschaft. So übertrifft die ländliche Armutsrate US-weit die in den Städten um 25 Prozent. Von den 500 ärmsten US-Kreisen sind mehr als 90 Prozent ländlich. Befürworter der Bioenergien rechnen vor, dass die US-Farmer mit dem in den USA heimischen Switchgrass für die Ethanolkraftstoffproduktion jährlich ein zusätzliches Einkommen von 6 Mrd. Dollar erwirtschaften könnten, mit Maistrockenmasse und Weizenstroh noch zusätzliche 2 Mrd. Dollar.



Jetzt ein klares Signal

Bund und Länder beraten am 5./6. Oktober

Die Frage, wie Deutschland mit den zusätzlichen Milchquoten umgehen soll, die ab April nächsten Jahres von der EU zur Verfügung gestellt werden, ist ein wesentliches Thema auf der Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern Anfang Oktober in Bielfeld. Die Chance ist greifbar, dass das Signal nicht auf „mehr Menge“ gestellt wird. Denn sonst wäre jede Rhetorik der Parteien, dass die Milchmenge in Europa doch eingeschränkt werden müsse, auf

keinen Fall aber ausgedehnt werden dürfe, Lügen gestraft. Einige Bundesländer verknüpfen jetzt eine Änderung des Quotenrechts Richtung Einschränkung der Saldierung mit der Forderung nach einer bundeseinheitlichen Börse. Dem wird der Osten nicht zustimmen, weil er ein Abfließen von Quote befürchtet. Und so droht denn, dass nichts geschieht und mit dem Überschuss der Druck auf die Milchpreise noch weiter wächst. *uj*

Das kleine Quoten-1x1

Seit 1984 ist in der EU die maximale Milchmenge, die in den Mitgliedstaaten an den Markt gebraucht werden darf, begrenzt. Die nationalen Quoten (Referenzmengen) sind auf die einzelnen Erzeuger aufgeteilt worden, wenn auch nach verschiedenen Systemen in den einzelnen Mitgliedstaaten. In Deutschland hat jeder Milcherzeuger eine feste Quote. Wenn er sie überschreitet, drohen ihm Straf- oder „Superabgaben“.

Superabgabe

Wird die nationale Garantiemenge überliefert, müssen die Erzeuger, die ihre eigene Quote übererfüllt haben, für jedes Kilogramm Überlieferung die Superabgabe an den die Europäische Union (bzw. den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds Landwirtschaft, EAGFL) entrichten. Die Superabgabe beträgt im Quotenjahr 2005/06 je kg Überlieferung 30,91 Cent. Bevor gezahlt werden muss, werden in Deutschland aber die Überlieferungen mit den

Unterlieferungen anderer Milchbauern verrechnet. Der Vorgang heißt Saldierung.

Saldierung

In Deutschland werden die Unterlieferungen von Milcherzeugern mit Überlieferungen anderer Milchbauern bislang in zwei Stufen verrechnet: zunächst auf Ebene der Molkereien, also zwischen Unter- und Überlieferern der gleichen Molkerei (Molkereisaldierung), dann auf Bundesebene (Bundessaldierung). Nur die dann noch verbleibenden Überlieferungen werden mit der Superabgabe belegt.

Nationale Reserve

Die nationale Reserve ist eine Quotenmenge, die der Staat zurückhält, um sie z.B. an Härtefälle ausgeben zu können. Gespeist wird sie vor allem durch Quoten, die bei bestimmten Transaktionen an der Quotenbörse einbehalten werden.

sk/uj

Nach dem arbeitsreichen Sommer kommt jetzt auf die Milchbäuerinnen und Milchbauern der politikreiche Herbst und Winter zu. Schon Anfang Oktober beraten Bund und Länder, ob sie die Forderung nach einem höheren Milchpreis durch eine wirksamere Quotenregelung unterstützen wollen. Über Möglichkeiten für einen höheren Milchpreis berichtet dieser Schwerpunkt.

Mit Tafeln wie dieser verstärkt der österreichische Milcherzeugerverband IG-Milch seinen Druck auf die Molkereien. Am 26. September lief sein Ultimatum an die Molkereien ab: 35 Cent pro Liter sollten diese ab September zahlen. Doch nichts ist passiert. Und so steigt der Verband nun gleich auf die nächste Preisstufe. Notfalls soll ein europaweiter Milchstreik die Molkereien zur Bewegung bringen. Infos: www.ig-milch.at

Neue Milchquoten parken!

Eindrücke von einer Anhörung zur Quotenausdehnung im Ministerium

Die zuständige Referentin im Bundesministerium, Frau Dr. Hartwig, hatte eingeladen zu einer Anhörung zum Thema EG-Milchabgabenregelung. Die Verbände des Milchsektors sollten die Möglichkeit haben, ihre Positionen zu der geplanten Quotenausdehnung zu äußern. Neben der AbL und den üblichen Vertretern des Milchsektors waren auch Vertreterinnen von Germanwatch und MISEREOR anwesend.

MISEREOR redet mit

Diese beiden Verbände interessieren sich aus entwicklungspolitischer Sicht für die Milchfrage. Zusätzliche Milchmengen in Deutschland treiben die europäische Überproduktion noch weiter auf die Spitze. Die Überschüsse gelangen als subventioniertes Milchpulver und Kondensmilch auf die Märkte der Südländer und zerstören die dortige bäuerliche Milchproduktion. Im Einklang mit der AbL fordern Germanwatch und Misereor deshalb die Aussetzung der Quotenausdehnung und generell eine Politik der Milchmengenreduzierung.

AbL: Quoten parken!

Bernd Voss vom Bundesvorstand der AbL betonte die Notwendigkeit, die zusätzlichen Quoten in die nationale Reserve zu packen. Parallel habe die Bundesregierung die Möglichkeit, die Saldierung auf einzelbetrieblicher Ebene zu beschränken. In Frankreich besteht eine solche Regelung schon lange. Sie mag zwar in Elementen gegen das EU-Recht verstoßen, aber sie hat erreicht, dass Frankreich seine Quote nicht überschreitet.

Eine weitere Ausweitung der Überproduktion mache einen kostendeckenden Milchpreis für die Erzeuger immer unrealistischer. Die sinkenden Milchpreise führten immer schneller zum Verlust von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum und ökologisch wertvollen Kulturlandschaften (Grünlandregionen). Auch um auf WTO-Ebene legitim für die Deklaration von Milch als sensiblen Produkt einzutreten, müsse Europa seine Milchmenge dem Eigenbedarf anpassen und deshalb weitere Produktionsausweitungen auf jeden Fall unterlassen.

DBV/DRV für Austeilen

Der Vertreter des Raiffeisenverbandes drückte tief seufzend sein Bedauern über die unausweichliche Quotenausdehnung aus, um dann zu erläutern, dass sein Verband die lineare Verteilung der Quoten bevorzuge oder auch die Verteilung über die Börse. So kämen automatisch die zukunftsfähigen Betriebe in den Genuss der zusätzlichen Quoten. Der Strukturwandel könne so vorangetrieben werden.

Der Vertreter des Bauernverbandes erläuterte, dass sein Verband eigentlich gegen die Quotenerhöhung sei. Da eine tatsächliche Aussetzung der Quoten zur Zeit offenbar nicht möglich sei, forderte er nun die lineare Austeilung der Quoten in drei Schritten an alle Milchviehalter.

Aus Sicht der AbL war dieses Statement nicht gerade ein leidenschaftlicher Einsatz für die Interessen der deutschen Bauern im Kampf um höhere Milchpreise.

Sonja Korpeter

Der Spielraum ist gering, aber es gibt ihn!

Das EU-Gesetz erlaubt, die zusätzlichen Milchquoten in der nationalen Reserve zu parken

Von 2006 bis 2008 bekommen mehrere europäische Länder 1,5 Prozent zusätzliche Milchquote zugeteilt. Für Deutschland bedeutet dies eine zusätzliche Milchmenge von 418.000 Tonnen pro Jahr.

Angesichts der bestehenden Überproduktion und desaströser Milchpreise fordern große Teile des Berufsstandes, diese zusätzlichen Quoten effektiv vom Markt fernzuhalten. Doch das ist nicht so einfach.

EU-Logik

In den Luxemburger Beschlüssen vom Juni 2003 wurden die Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Marktorientierung der europäischen Landwirtschaft als wichtige Ziele der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik festgeschrieben. Die einige Monate später verabschiedete EU-Verordnung zum Milchsektor

ist derart gestaltet, dass die Mitgliedsstaaten kaum Möglichkeiten haben, von dieser Stoßlinie der Agrarpolitik abzuweichen. Konkret sieht die Sache folgendermaßen aus:

Die zusätzlichen Quoten werden in drei Schritten zu je 0,5 Prozent in die nationalen Reserven der Mitgliedsstaaten gelegt. Sie sollen dann den Milcherzeugern zur Verfügung gestellt werden. Die Verordnung beinhaltet aber auch die Möglichkeit, die Quoten dauerhaft in der nationalen Reserve zu belassen, sie also nicht an die Milchviehhalter auszuweisen. Die Logik der Reform von Luxemburg will jedoch eine Ausweitung der Quoten, um die Milchpreise mittelfristig zu senken. Deshalb schreibt das Gesetz vor, dass die zusätzlichen Quoten, auch wenn sie in der nationalen Reserve bleiben, bei der Saldierung berücksichtigt werden müssen. Überlieferer

könnten so auf die zusätzlichen Quoten in der nationalen Reserve zählen, darauf spekulieren, dass andere Milcherzeuger nicht überliefern, so dass sie selbst dann, ohne Superabgaben befürchten zu müssen, überliefern könnten.

Der Spielraum

Dennoch hat Deutschland einen Handlungsspielraum, um Zeichen in Richtung Reduzierung der Milchmenge zu setzen. Die Ablieferung fordert, die Molkereisaldierung abzuschaffen und die Saldierung pro Betrieb auf 5 Prozent der einzelbetrieblichen Quote (oder - für kleine Betriebe - wahlweise 10.000 kg Milch) zu beschränken. Wird dann die nationale Quote überschritten, sind alle großen Überlieferer verpflichtet, Superabgaben zu zahlen. Die bisherige Möglichkeit, auf die Unterlieferungen anderer

in der Molkerei zu setzen, wäre erheblich eingeschränkt. Dies würde zu einer größeren Quotendisziplin der einzelnen Produzenten führen und helfen, die 1,4 Prozent Überlieferungsmenge von 2004/2005 abzubauen.

Das Ziel ist, die gemolkene Milchmenge nicht auszuweiten. Damit würde zugleich eine Basis geschaffen, auf der die Bundesregierung auf EU-Ebene begründet und mit gutem Gewissen eine Rücknahme der EU-Quotenausdehnung fordern könnte. Und Quoten, die noch nicht ausgeteilt sind, könnten zumindest theoretisch auch wieder an die EU zurückgegeben werden. Wenn sie einmal ausgeteilt sind, kämen auf den Staat Ersatzansprüche zu, weil die Quote in Deutschland einen Eigentumstitel erworben hat.

Sonja Korpeter



Schon 1995 war klar: Mit 25 Cent kommen wir nicht aus!

Foto: Jasper

Wie es geht, zeigt Frankreich

In Frankreich gibt es wie auch in Deutschland eine Saldierung auf Molkereiebene. Falls die Molkerei noch in ausreichendem Rahmen Quote frei hat, kann ein Milchviehhalter bis zu 110 Prozent seiner Referenzmenge liefern, ohne dass er Superabgaben zahlen muss. Überschreitet er jedoch diese Grenze (die je nach Molkerei auch mal bei nur 102 Prozent liegen kann), fallen sofort Superabgaben an, und zwar unabhängig

davon, ob die nationale Quote noch Spielraum aufweist oder nicht.

In einer Sondersitzung von Onilait, einem Gremium von Produzenten, Verarbeitern und Vertretern des Ministeriums, soll am 19. Oktober entschieden werden, ob dieser Höchstprozentsatz runtergesetzt wird, um die Milchmenge in Frankreich zu reduzieren.

sk

Frankreich: Neues Milchpreisabkommen „katastrophal“

Neues Abkommen von französischen Branchenverbänden setzt Milchpreis in Frankreich noch weiter runter

Am 13. September wurde in Paris ein neues Milchpreisabkommen unterzeichnet. Es legt für die Monate Oktober bis Dezember eine Senkung des Milchpreises um 8,80 Euro pro 1000 l (0,88 Cent/Liter) in Bezug auf denselben Zeitraum des Vorjahres fest. Die Molkereien, die besonders viele industrielle Produkte herstellen wie beispielsweise Milchpulver, dürfen den Preis um bis zu 5,30 Euro/1000 l zusätzlich senken.

Außerdem wird ein Mediator eingeschaltet, der bis Ende des Jahres einen Vorschlag bezüglich der zukünftigen Ausgestaltung des Milchsektors vorlegen soll. Das Dokument endet mit der Verpflichtung der unterzeichnenden Parteien, bis zum Vorliegen dieses Vorschlages keine Aktionen zu unternehmen, die „diese Arbeit in irgendeiner Weise beeinträchtigen könnten“.

Unterzeichnet wurde das Abkommen von den mit je einer Stimme im Entscheidungsgremium vertretenen Verbänden FNLP (Untergliederung des französischen Bauernverbandes FNSEA), dem Verband der Genossenschaftsmolkereien FNCL und dem der privaten Molkereien FNIL.

Bauern protestieren

Als „katastrophal“ bezeichnete die Confédération Paysanne das Milchpreisabkommen, unter anderem bei einer Aktion auf einer großen Landwirtschaftsmesse. 50 Milchbauern unterbrachen eine Veranstaltung zur Rationalisierung von Milchviehbetrieben und erläuterten ihre Kritik. Aus Sicht des Verbandes hat die FNPL, der Milchzweig des französischen Bauernverbandes, vor der Milchindustrie kapituliert. Die Preissenkung sei viel zu stark.

Außerdem sei in dem Abkommen mit keinem Wort die Rede von der notwendigen Mengenregulierung, ohne die auch in Zukunft kein kostendeckender Milchpreis möglich sei. Die Milchbauern der Confédération Paysanne forderten aufs Neue, als zweitstärkster Verband (30 Prozent der Bauern) ebenfalls an den Verhandlungen zum Milchpreis beteiligt zu werden. In den kommenden Wochen wollen sie versuchen, über den von der Regierung eingesetzten Mediator ihre Positionen stärker in die

Diskussion um die Zukunft des Milchsektors einzubringen.

sk/uj



Für öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie hier ein „Besuch“ in der Nestle-Zentrale im Februar 2005, ist die französische Confédération Paysanne bekannt. Jetzt protestierte sie gegen das neue Milchpreisabkommen, an dem sie nicht beteiligt war.

Foto: Confédération Paysanne

Chiemgauer Weidemilch als „functional food“

Dank Omega 3-Fettsäuren: weniger Herzkrankte und ein höherer Milchpreis

Unser Käse kann eine komplette Fischmahlzeit ersetzen“, sagt Andreas Rimmelberger, AbL-Milchbauer aus Reit in Burgkirchen und Initiator des Region-aktiv-Projektes „Chiemgauer Omega 3 Weidemilch“.

Was eher nach Weltraum klingt, ist eine nüchterne chemische Bezeichnung für besondere Fettsäuren mit einer besonderen gesundheitsfördernden Wirkung. Sie stärken gegen Herz-Kreislauf- und Autoimmunerkrankungen und sind Bestandteile von Zellmembranen und unverzichtbare Bausteine wichtiger Botenstoffe im Körper. Da sie vom menschlichen Organismus nur sehr begrenzt selbst hergestellt werden können, müssen sie mit der Nahrung aufgenommen werden. Die Hauptquelle für Omega-3-Fettsäuren ist Fisch, insbesondere Seefisch.

Daher raten Ernährungsberater und Ärzte zum Fischessen. Leider sind die Meere bereits so leergefischt, dass Umweltschutzverbände wie Greenpeace Alarm schlagen und eine Erhöhung der Fangquoten strikt ablehnen. Schon län-

Frischgras als Schlüssel

Milch von Kühen, die ausschließlich Frischgras fressen (Vollweidehaltung), enthält deutlich mehr Omega 3-Fettsäuren als andere Milch. Das ist ein Ergebnis neuer Untersuchungen, die im Rahmen des Chiemgauer Projektes durchgeführt werden. Danach besteht ein direkter Zusammenhang zwischen naturgemäßer Fütterung und einer für die menschliche Ernährung sehr positiven Verschiebung des Fettsäuremusters im Milchfett. Während bei „normaler Milch“ (mit konserviertem Futter und hohem Kraftfutteranteil erzeugt) heutzutage das Verhältnis von Omega-3 zu Omega-6 Fettsäuren 1: 5 und mehr beträgt, liegt es bei der Weidemilch etwa bei 1 : 2. Das ergab die Untersuchungsreihe, die seit März 2005 in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Weihenstephan durchgeführt wird. Untersucht wird die Milch von 25 Chiemgauer und 2 Schwarzwälder Milchbauern. Auch wenn die Untersuchung erst Ende des Jahres vollständig abgeschlossen sein wird, sprechen die Ergebnisse schon jetzt für sich: Je intensiver die Fütterung, desto ungünstiger ist das Verhältnis von Omega 3- zu Omega 6-Fettsäuren.

Die gewonnenen Daten sollen als Grundlage für die Richtlinien der Weidemilch-Erzeugung dienen. Alle Teilnehmer führen genauestens Buch über Haltung und Fütterung und geben wöchentlich eine Tankmilchprobe ins Labor nach Weihenstephan.

Die gewonnenen Daten sollen als Grundlage für die Richtlinien der Weidemilch-Erzeugung dienen. Alle Teilnehmer führen genauestens Buch über Haltung und Fütterung und geben wöchentlich eine Tankmilchprobe ins Labor nach Weihenstephan.

Erste Produkte: Käse und Trinkjoghurt

Zum Saisonstart 2006 sollen die Richtlinien stehen und die Omega 3-Weidemilch in die Produktions- und Vermarktungsoffensive gehen.

Ein erstes Produkt gibt es bereits: den „Aktiv-3-Bummerl“ vom Bio-Bauernmarkt Chiemgau, einen milden Schnittkäse aus 100 Prozent Weidemilch. Er wird derzeit auf der Bundesgartenschau in München vorgestellt.

Hiermit sollen gezielt Molkereien und Milcherzeuger aus der Region angesprochen werden, denn jeder, der die Richtlinien einhält, kann seine Produkte mit dem attraktiven „Aktiv 3 – reich an natürlichem OMEGA 3“-Logo (siehe Bild) schmücken.

Andreas Rimmelberger ist optimistisch, was die Marktchancen der Omega-3-

Weidemilch-Produkte angeht. Der „Bummerl“ kommt bei Verkostungsaktionen gut an. Ab nächstem Frühjahr gibt es neben dem Käse auch einen Trinkjoghurt, den die Andechser Molkeerei herstellen wird.

Allerdings muss die Markteinführung massiv durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden: „Es sind erklärungsbedürftige Produkte“, so Rimmelberger, „man muss die Verbraucher mit den notwendigen Informationen versorgen.“

Ein wichtiger Kooperationspartner für die Bauern ist hierbei die Herzkl. St. Irmingard in Prien, die die Omega 3-Milch in ihr Ernährungs- und Beratungskonzept aufgenommen hat.

Die für nächstes Frühjahr geplante Pressekampagne soll sich unter anderem ge-



zielt an Fachmagazine für Medizin und Ernährung richten.

Auch die regionalen Tourismusverbände sollen für die Chiemgauer Weidemilch werben. Denn Kühe auf der Weide gehören im Chiemgau zum Landschaftsbild und locken Touristen an. Dass sie nicht nur schön aussehen, sondern dazu auf diese Weise eine besonders gesunde Milch produzieren, kann genutzt werden, um die Weidehaltung als die am wenigsten energieaufwendige und zugleich artgerechteste Form der Haltung von Milchkühen wieder populärer zu machen. Dass die Bauern dadurch einen höheren Milchpreis erzielen können, ist sicherlich ein wichtiger Anreiz. Übrigens wirkt sich die Weidehaltung auch positiv auf den Omega 3-Gehalt des Fleisches aus. Hierzu wird im Chiemgau gerade das Projekt „Weidefleisch“ gestartet.

Höherer Milchpreis

Die Chiemgauer Omega 3 Weidemilch ist vor allem in einer Hinsicht eine Premiere: Erstmals können Bauern durch ein Lebensmittel mit gesundheitlichem Zusatznutzen (functional food) höhere Erzeugerpreise erzielen; der Gewinn bleibt nicht wie sonst allein der Lebens-

„Functional Food“

Der Markt für Lebensmittel mit Zusatznutzen (functional food) wird sich nach Expertenschätzungen in den nächsten fünf Jahren verdoppeln (Dustmann und Weindlmaier 2004, TU München-Weihenstephan). Aktuell sind die bekanntesten Produkte, die diesem Markt zuzuordnen sind, Danone „Actimel“ (Trinkjoghurt), Nestlé „LC1“ (Joghurt) oder Becel Margarine von Unilever. Die Produkte erreichen gegenüber vergleichbaren Standardwaren Preisaufschläge von durchschnittlich 20 Prozent. Da der sogenannte Zusatznutzen ausschließlich über Zusätze in der Verarbeitung realisiert wird, kommen diese Aufschläge bisher nicht den Landwirten zugute.

mittelindustrie und dem Handel vorbehalten.

Bislang werden die zeitlichen Mehraufwendungen der 27 „Testbauern“ und die Laboruntersuchungen noch aus den Projektmitteln von Region aktiv finanziert, doch ab 2006 geht es los: Fünf Cent mehr je Liter Milch soll der Auszahlungsbetrag betragen.

Diese Marktnische ist nicht nur für Ökobauern gedacht: Auch konventionelle Milchviehhalter können „Omega 3 Weidemilch“ produzieren, sofern sie die Richtlinien einhalten.

Fazit

Denkt man die Untersuchungsergebnisse aus dem Omega 3-Weidemilchprojekt konsequent zu Ende, so bieten sie Potential für eine Revolution in Fütterungsberatung und Agrar-Förderpolitik; denn eine Milch, die unter gesundheitlichen Aspekten so viel wertvoller ist, noch dazu umweltfreundlich und ressourcenschonend erzeugt, sollte allgemein erklärtes und gefördertes Produktionsziel werden – auch weit über den Chiemgau hinaus.

Zunächst aber ist den am Projekt beteiligten Bauern zu wünschen, dass die Verbraucher der Mehrwert der Weidemilch (an)erkennen und auch bereit sind, ihn entsprechend zu honorieren.

al

Am Freitag, den 7. Oktober findet ab 14 Uhr im Pavillon des Bundesverbraucherministeriums auf der Bundesgartenschau in München eine Projektvorstellung unter dem Titel „Omega 3 Herzmilch – zur besonderen Qualität von Weidemilch“ statt. (siehe Veranstaltungshinweise auf Seite 22). Mehr Informationen zum Projekt gibt es bei Dr. Daniel Weiß, Tel: 08161-4965870



Andreas Rimmelberger mit einer seiner Weidekühe. Ihre Milch enthält einen hohen Anteil der wertvollen Omega 3-Fettsäuren.

ger suchen Wissenschaftler nach zusätzlichen Omega 3-Quellen. Und wie könnte es anders sein: Auch hier wurde schon die Gentechnik als Allheilmittel ins Spiel gebracht: Pflanzen sollen gentechnisch dahingehend verändert werden, dass sie in der Lage sind, Omega 3-Fettsäuren zu produzieren.

Dabei gibt es eine einfache, völlig natürliche Alternative:

Gründerstimmung in der Landwirtschaft

Junge, qualifizierte Menschen ohne Hof wollen in Betriebe einsteigen

Strukturwandler

In der letzten Zeit häufen sich wieder Aussagen, die wir aus alten Zeiten nur zu gut kennen. Der Präsident der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen behauptete gerade, von den derzeit 50.000 Betrieben in seinem Land seien nur 15.000 bis 20.000 „zukunftsfähig“. Die Aussage soll wohl sein: 60-70 Prozent der Betriebe sollen sich auf den Ausstieg vorbereiten. *uj*

Weniger Menschen auf dem Land

In Deutschland lebten Ende 2003 nur noch insgesamt 12,7 Millionen Menschen in ländlichen Gebieten, was einem Anteil von gerade mal 15,4 Prozent der gesamten Bevölkerung entsprach. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, hatte der Anteil zum Jahresende 1994 noch 18,7 Prozent betragen. Im gleichen Zeitraum nahm der Bevölkerungsanteil im halbstädtischen Raum von 32,4 auf 35,8 Prozent (ca. 29,5 Mio. Menschen) zu, während er in städtischen Gebieten mit 48,8 Prozent (40,3 Mio.) gleich blieb. Als ländlicher Raum sind Gebiete mit unter 100 Einwohnern je Quadratkilometer definiert, als halbstädtisch 100-500 Einwohner je Quadratkilometer und als städtisch eine Bevölkerungsdichte von über 500 Einwohnern je Quadratkilometer. *pm*

Die Datenlage ist äußerst knapp, wenn nach Existenzgründungen in der Landwirtschaft gefragt wird. Dr. Frieder Thomas von der Universität Kassel, der gerade an einem Forschungsprojekt für das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMVEL) arbeitet, hat mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Regionen Deutschlands genauer nachgefragt. Die Antwort von Beratern, Amtsleitern und Bauernverbänden war zunächst fast immer: „Existenzgründungen in der Landwirtschaft? Das gibt's bei uns nicht.“

„Gibt's bei uns nicht“

Höfe, auf denen die Landwirtschaft eingestellt wird, verpachten in Deutschland eben bisher in der Regel ihre Flächen an wachstumswillige Nachbarn, und die Ställe stehen dann leer. Dabei hat eine Umfrage von Christian Vieth (Uni Kassel) an verschiedenen deutschen Agrarhochschulen ergeben, dass 35 bis 40 Prozent der Studierenden eine Existenz in der Landwirtschaft anstreben, obwohl nur 25 Prozent von einem Hof kommen und vielleicht Aussicht auf ein Hoferbe haben.

Und so ist auch das Interesse an der Frage, ob und wie landwirtschaftliche Betriebe auch außerhalb der Erbfolge weiter bestehen und Nichterben in die Landwirtschaft einsteigen können, größer als bisher in der Fachwelt wahrgenommen. Ein Zeichen dafür ist auch die mit rund 200 Teilnehmern unerwartet große Resonanz an einer Fachtagung, die das BMVEL am 14. September in Kassel durchführte.

In Frankreich verbreitet

In Frankreich ist das Thema nichts Neues. Laut Frieder Thomas sind in Frankreich 30 Prozent aller 6.000 Antragsteller für die Jungbauernförderung (im Jahr 2000) außerfamiliäre Existenzgründungen. Davon wiederum stammt nur ein Fünftel aus einer Bauernfamilie (Kinder von Landwirten, die einen anderen als den elterlichen Hof übernehmen). Immerhin über 300 Anträge betrafen Hofneugründungen (der Rest sind Übernahmen oder Gründungen von Kooperationen). Interessant auch, dass es nicht so sehr Städter sind, die aufs Land ziehen, sondern dass sie zu 80 Prozent ganz überwiegend aus dem ländlichen Raum kommen.

Die Junglandwirte-Förderung in Frankreich ist mit der in Deutschland nicht zu vergleichen, wie Wolfgang Reimer vom BMVEL auf der Tagung erläuterte. Hier sei sie integriert in die Agrarinvestitionsförderung, wo es für Junglandwirte einen Förder-Zu-

schlag von 10 Prozent gebe, so dass Junglandwirte für Investitionen mit bis zu 50 Prozent Unterstützung rechnen können. Frankreich verfügt dagegen nur über ein dünnes Investitionsförderprogramm. Zudem werden in Frankreich – wie auch in Dänemark – familiäre Hofnachfolger vom Erbrecht kaum bevorzugt.

Dänemark wieder anders

In Dänemark führt das dazu, berichtete Frieder Thomas, dass Junglandwirte den Hof ihrer Eltern kaufen müssen, wenn sie ihn bewirtschaften wollen. Nirgendwo in Europa ist daher die Verschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe so hoch wie in Dänemark. Allerdings gäbe es bei den Banken auch ein hohes Engagement und nicht die Zurückhaltung wie in Deutschland, wenn es um landwirtschaftliche Kredite geht. Dabei gilt Basel II dort genauso wie hier, wie ein Teilnehmer formulierte. Einen Hinweis auf einen anderen kulturellen Umgang mit Höfen gibt die Zahl, dass in Dänemark die Hälfte aller Junglandwirte nicht auf dem elterlichen Hof wirtschaften. Landwirtskinder kaufen „fremde“ Betriebe, es geht weniger um „außerfamiliäre Einsteiger“, so Thomas.



Dr. Frieder Thomas

Zahlen aus Deutschland

Aber auch in Deutschland gibt es Zahlen zu Betriebsgründungen in der Landwirtschaft. Frieder Thomas ist bei der Bundesagentur für Arbeit fündig geworden. Deren Statistik für die Förderung von Existenzgründungen weist aus, dass es im Jahr 2004 bundesweit 3.819 Anträge auf Förderung im Bereich Landwirtschaft gegeben hat, davon 55 Prozent im Bereich landwirtschaftlicher Dienstleistungen, der Rest in den Produktionsbereichen Pflanze, Tier oder Gemischtbetrieb.

Aus den Untersuchungen der Uni Kassel in den vier Regionen ergibt sich folgender Eindruck (anhand der geringen Zahl auswertbarer Existenzgründer sind die Zahlen nicht repräsentativ): Wie in Frankreich handelt es sich auch in Deutschland ganz überwiegend nicht um Städter (15 Prozent), sondern um Menschen vom Land, die einsteigen, und sie suchen ihren neuen Hof ganz überwiegend in ihrer Heimatregion. Die Gründer verfügen über erstklassige Berufsausbildungen (Studium, Meister, min-

destens Lehre). Bestätigt hat sich, dass vier von fünf neuen Betriebsgründungen ökologische Landwirtschaft betreiben, was Frieder Thomas auch mit der Notwendigkeit erklärt, sich bei kleinerer oder mittlerer Betriebsgröße im Einstieg besondere Absatzmärkte suchen zu müssen. Auch die weite Verbreitung (90 Prozent) der Direktvermarktung passt hierzu.

Pacht und Kauf des Betriebes halten sich in etwa die Waage. Gut die Hälfte der Betriebe sind Familienbetriebe, ein Drittel wird als Kooperation geführt. Es handelt sich – zum Teil nach Phasen des Nebenerwerbs – ganz überwiegend um Haupterwerbsbetriebe, die zum Teil (40 Prozent) lohnabhängige Mitarbeiter beschäftigen.

Neues Denken

„Existenzgründungen in der Landwirtschaft müssen so selbstverständlich werden wie in anderen Branchen“, so Dr. Götz Schmidt von der Universität Kassel. Institutionelle, rechtliche und kulturelle Hindernisse, die dem im Wege stünden, müssten aufgehoben werden. Agrarpolitik und Verwaltung seien herausgefordert, ihren Handlungs- und Gestaltungsspielraum zu nutzen. Wolfgang Reimer forderte dazu auf, eine andere Haltung zu Gründungen zu entwickeln: „Es muss auch mal was schief gehen können, ohne dass man mit dem Scheitern für immer stigmatisiert wird.“ Auch in den Verbänden ist Umdenken notwendig, legte die Tagung nahe. Sie müssen sich der Thematik öffnen und überlegen,



Bauern auf der Suche nach Hofnachfolgern, Junglandwirte ohne Hof, Berater, Politiker, Wissenschaftler – das Interesse an einer Fachtagung war groß. Fotos: Kieth

wie sie Altbauern und Neueinsteiger unterstützen können. Existenzgründer bringen neue Qualifikationen, Ideen und vor allem auch Menschen aufs Land, sie können einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raumes leisten und der Entvölkerung entgegenwirken. Es lohnt sich also für viele.

uj/al

Informationen zum Thema gibt es auch unter www.hoffinder.de

Linda zwischen totgesagt und gerettet

Auch wenn gerne anderes verbreitet wird: Noch ist der Kartoffelstreit nicht entschieden

Künast: Linda gerettet!“, so überschrieb das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) eine seiner letzten Pressemitteilungen vor der Bundestagswahl. Vielleicht war es der Wunsch der Verantwortlichen im Ministerium, in turbulenten Zeiten einmal etwas positives Landwirtschaftliches in Verbindung mit einem Frauennamen über die Republik zu verteilen. (Die Tagespresse nahm die Meldung breit auf, zumeist auf die Titelseite.) Allerdings wurde damit weder eine aktuelle Neuigkeit noch die richtige Botschaft verbreitet.

Linda war zum Erscheinungsdatum der Pressemitteilung nicht mehr gerettet als noch wenige Wochen zuvor. Da war bei gleichem Sachstand ein Beitrag in den Tagesthemen noch mit den Worten angekündigt worden: „Linda: Wie eine Kartoffel-sorte stirbt“. Die Interpretationsmöglichkeiten zum derzeitigen Stand der Dinge in Sachen Linda sind also nach wie vor vielseitig.

Weiterer Druck, bitte

Die Wahrheit liegt wie immer dazwischen, weder stirbt Linda gerade den Heldinnentod, noch ist sie bereits unsterblich. Beide Botschaften sind trügerisch, vermitteln sie doch: Die Sache sei entschieden, Aktivitäten bitte einstellen. Das allerdings ist genau das, was

nicht passieren sollte, denn nur, wenn öffentliches Interesse und Druck erhalten bleiben, wird es Linda weiter geben!

ziellen Plomben in ihren Kartoffelscheunen. Geerntet wurden sie unter den wachsamen Augen eines vom Schiedsgericht be-



Während die Linda-Pflanzkartoffeln unter Kamerabeobachtung gerodet wurden (linkes Bild), diskutierten vor der schreibenden Journalistenzunft Europlant-Geschäftsführer Jörg Renatus (3. v. links, mit Stiefeln), Bauern und AbL-Geschäftsführer Georg Janßen (rechts) über die Perspektive dieser umkämpften Kartoffelsorte. Fotos: Schievelbein

Derzeit schlummern die geernteten Pflanzknollen fürs nächste Jahr von drei Bauern aus dem Linda-Freundeskreis hinter offi-

stellten, so genannten Sequestors, der die Menge dokumentiert und sicherstellt, bis in den anstehenden Berufungsverhandlungen endgültig geklärt ist, ob die Bauern ihre Linda zur Pflanzguterzeugung anbauen durften oder nicht. Nur wenn dies positiv beschieden wird, nützt die Verlängerung der Auslaufrfrist der Linda-Zulassung bis 2007, die das BMVEL als Linda-Rettung feierte.

Aber nicht nur der Sachverständige tummelte sich bei der Linda-Ernte auf dem Kartoffelacker, auch Europlant-Geschäftsführer Jörg Renatus als Vertreter der Linda-Züchter, Karsten Ellenberg und Georg Janßen von Linda-Freundeskreis und AbL trafen sich mit einem großen Medienaufgebot in der Ackerfurche.

Während Bio-Bauer Dieter Dreyer mit seinem Kartoffelroder versuchen musste, möglichst fernsehgerecht seine Ernte einzufahren, diskutierten die Vertreter beider Seiten lautstark vor etlichen anderen Kameras am Feldrand. Ein paar Stunden später nahm sich dann Ulrich Wickert persönlich des Themas an – und Linda, die große alte Dame des Kartoffelanbaus, wurde in den Tagesthemen endgültig zum Medienstar.

Matthias Miersch im Bundestag

Dr. Matthias Miersch, einer der beiden Anwälte der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze (IG Nachbau), ist in den Bundestag gewählt worden. Miersch holte mit



51,5 Prozent der Erststimmen (46,8 % Zweitstimmen) den Wahlkreis Hannover-Land II für die SPD. Für die IG Nachbau will er weiterhin anwaltlich tätig sein, teilte er der Bauernstimme mit.

Schlechte Verlierer

Züchter-Treuhand verschickt wieder Drohbriefe und stützt sich auf den DBV

Die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) lässt nicht locker: Obwohl sie gerade wieder zwei negative Urteile von weitreichender Bedeutung einfahren musste, schickt sie erneut Drohschreiben an Bauern durchs Land.

Der Bundesgerichtshof verhandelte nochmals ein Auskunftsverfahren eines Landwirtes und lehnte wieder einmal die pauschale Auskunftspflicht wie auch die weitreichenden Kontrollansprüche, die die STV erhebt, ab.

Das Oberlandesgericht in Düsseldorf entschied in dem vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) zurückgereichten Aufbereiterverfahren ebenfalls im Sinne der Bauern und Aufbereiter gegen die Pauschalauskunft.

Trotzdem fordert die STV erneut die Vermehrung von Saatgut besonders auf, pauschal Auskunft über ihren Nachbau zu geben, und verweist darauf, dass sie ihr Nachbau-Ausfrage-Konzept gemeinsam mit dem

Deutschen Bauernverband (DBV) entwickelt hat. Zugleich droht sie ziemlich unverblümt damit, Vermehrern die Freundschaft und die Geschäftsbeziehungen aufzukündigen, falls man nicht bereit sei, Auskunft zu geben.

Wer unsicher ist, wie er auf ein solches Schreiben reagieren sollte, braucht sich keine großen Hoffnungen auf Interessensvertretung durch den Bauernverband zu machen, sondern sollte sich lieber gleich an die IG Nachbau wenden. Kontakt: Georg Janßen, Tel.: 04131-407757. cs



Bauern kritisieren Raiffeisen

Gentechnikfreie Futtermittel soll Raiffeisen an Bauern liefern und Werbung für sie machen – mit dieser Forderung, selbst mitgebrachtem Futter und einer Kuh zogen Bauern zur Verbands-Zentrale nach Bonn

Vor der Zentrale des Deutschen Raiffeisenverbands in Bonn zogen knapp 30 Bauern auf, blockierten die Tür mit gentechnikfreiem Sojaschrot, auf einem Trans-

Mischfutter liefern: in Niedersachsen die team AG, im badischen Kehl die Raiffeisen-Zentral-Genossenschaft, in Würzburg die RKW Süd. Nur erfahren die Bauern

kleine Ausnahmen alles Futter gentechnisch sei. Die Gentechnikreferentin des DRV hatte auf der EuroTier-Messe behauptet, ohne gentechnisches Sojaschrot sinke die Milchleistung der Kühe unter 5.000 kg ab, und mehrfach betont, dass gentechnikfreies Futter eine kleine Nische sei.

Bei der Aktion in Bonn war Henning Ehlers, beim DRV zuständig für Marktbelange, zum Gespräch mit den Bauern bereit: „Wir sind nicht ideologisch, wir setzen auf Koexistenz.“ Aber er antwortete nicht auf die Frage von Bernd Schmitz, warum die Bauern im Rhein-Main-Gebiet nichts davon erfuhren, dass dort für einige Monate 1.500 t gentechnikfreies Sojaschrot eingelagert waren. Auch das Werk in Würzburg macht keine Werbung für die konventionellen Mischfuttermittel.

AbL-Geschäftsführer Georg Janßen forderte: „Gentechnikfrei ist eine Qualität, die Bauern Chancen bietet, höherpreisige Märkte zu erobern. In Österreich, Schweden, der Schweiz, in der Bretagne und in Großbritannien setzen Bauern und Verarbeiter auf diese Qualität. Auch von Raiffeisen wollen Bauern diese Futtermittel kaufen und reagieren damit auf Marktansprüche von Verbrauchern.“

Die Aktion wurde von der AbL, von Bioland und vom BUND unterstützt. Henning Ehlers sagte ein Gespräch mit der Spitze des Raiffeisenverbandes zu, bei dem es um die Position des DRV zur Koexistenz gehen werde.

Bernd Schmitz merkte an: „Wenn schon nicht mal im Futtermittelsektor Koexistenz möglich ist, wird das im Anbau noch weniger praktikabel sein.“

ms



Die Bauern haben Raiffeisen widerlegt: Sie drehten den Spieß um und brachten der Genossenschaft einige Säcke von dem Futter, das sie in Zukunft von Raiffeisen geliefert bekommen wollen: Sojaschrot ohne gentechnisch veränderte Bestandteile. Foto: Herbst

parent fragten sie: „Belügt Raiffeisen die Bauern?“. Bernd Schmitz, Milchviehbauer und AbLer aus dem Bonner Umland, erklärte der Presse, dass er seit zwei Jahren vergebens versuche, für seine Kühe konventionelles Kraftfutter zu bekommen. Die Bauern forderten von Raiffeisen, auf die Nachfrage zu reagieren und endlich gentechnikfreie Futtermittel zu liefern. Nach Angaben des Verbands deutscher Ölmühlen sind 20 Prozent des verwendeten Sojaschrots gentechnikfrei. Es gibt also Ware. Es gibt auch Kraftfutterwerke von Raiffeisen, die konventionelles Sojaschrot oder

nichts davon. Einzig die Baden werben für ihre Futtermittel.

„Belügt uns Raiffeisen?“

Der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) behauptet hingegen seit langem, dass es eine Nische sei. Und auch aus Brasilien sei bald kein konventionelles Soja mehr zu beziehen. Gemeinsam mit der Lobbyorganisation der Gentechnikbranche „Gesprächskreis Grüne Gentechnik“ veröffentlichte der Raiffeisenverband ein Papier, das die angeblichen positiven Seiten der Gentechnik betont. Dort bekräftigt er seine Behauptung, dass bis auf

Illegal hoch fünf

Seminis, die Gemüsetochter des Gentechnik-Konzerns Monsanto, gab im September bekannt, gentechnische Zucchini nach Deutschland importiert und hier angebaut zu haben. Als Versandfehler beschrieb Seminis den Anbau von Zuchinisamen der Sorte Judgment III (B) in Rheinland-Pfalz und vermutlich auch in anderen Bundesländern. Verboten waren: der Import in die EU, der Import in die Niederlande, von dort die Ausfuhr nach Deutschland, die Wiederausfuhr der Samen und Pflanzen in die Niederlande. Verstoßen wurden gegen EU-Recht und gegen das Gentechnikgesetz. Diese Zucchini haben keinerlei Zulassung in der EU und ebenso wenig eine Risikobewertung durchlaufen. ms

Zunächst keine Zulassung

Eilantrag von Monsanto auf Zulassung von drei gentechnischen Mais-Sorten vom Verwaltungsgericht Hannover zurückgewiesen

Das Verwaltungsgericht Hannover hat sich auf die Seite der Verbraucher und Bauern gestellt. Es hat den Antrag des Gentechnik-Konzerns Monsanto abgewiesen, im Eilverfahren eine Entscheidung des Bundessortenamts zu kippen. Das Amt, das zum Zuständigkeitsbereich des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMVEL) gehört, hatte die Genehmigung von drei gentechnischen Maissorten verweigert. Dabei war Monsanto so siegessicher, endlich in Deutschland großflächig Gen-Mais anbauen zu dürfen.

Bereits im April hatten Bauern der AbL und von Bioland, unterstützt von Greenpeace,

gegen die erste Zulassung von gentechnischen Pflanzensorten in Deutschland demonstriert. Da Deutschland innerhalb der EU eines der wichtigsten Maisanbauländer ist, zog Monsanto mit einem Eilantrag vor Gericht, um im Winterhalbjahr in Chile Saatgut der drei Sorten vermehren zu lassen.

Doch die Richter in Hannover lehnte den Eilantrag ab, da die Entscheidung im Hauptverfahren nicht mehr korrigierbar sei, wenn das Saatgut bereits in den Verkehr gebracht sei und der Anbau dann nicht mehr verhindert werden könne. Monsanto habe nicht dargelegt, „dass sie ohne eine Entscheidung im vorläufigen

Rechtsschutzverfahren in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet seien. ... Die Erfolgsaussichten einer möglichen Klage erschienen offen.“

BMVEL-Staatssekretär Alexander Müller sieht die gentechnischen Voraussetzungen für die Zulassung als nicht gegeben. Denn der Mais Mon810 habe in der EU zwar eine Zulassung als Lebens- und Futtermittel, aber keine als Saatgut. Am 11. Juli ergänzte dann plötzlich die EU-Kommission in ihrem Register eine Zeile, dass sich die Zulassung auch auf das Saatgut erstrecke. Wie das so plötzlich möglich sein soll, blieb bisher unklar. ms

Freilandhaltung von Mastschweinen

Schweine durch die Fruchtfolge ziehen. Ein Forschungsprojekt

Die Freilandhaltung von Mastschweinen verbindet artgemäße Tierhaltung mit geringem Investitionsbedarf – und kann damit insbesondere für ökologisch wirtschaftende Betriebe eine interessante Alternative zu bestehenden Verfahren sein. Allerdings ist es für eine erfolgreiche Mast im Freien zwingend nötig, neben der Einhaltung der gesetzlichen Auflagen möglichst optimale Randbedingungen für die Tiere zu schaffen, nur dann sind die im Freiland im Vergleich zur Stallhaltung potenziell möglichen höheren Zunahmen von 60-160 Gramm am Tag zu realisieren.

Wichtige Hinweise und konkrete Ratschläge rund um die Freilandschweinehaltung wurden bei einem Projekt im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau am Institut für Tierernährung und Tier-

len. Bei zehn Schweinen pro Hektar ergibt sich eine Fläche pro Tag und Schwein von 2,74 m², damit liegt der Stickstoffeintrag rechnerisch bei dem von den Öko-Verbänden als Maximum vorgegebenen 110 kg Stickstoff pro Hektar.

Nach Schumacher überwiegen die Vorteile einer Integration der Mastschweine in die Fruchtfolge gegenüber einer Freilandhaltung auf Dauergrünland. Insbesondere nach Klee gras, Topinambur, Getreide oder Stoppelrüben zeigen die Schweine auch bei reduzierter Kraftfuttermenge eine zusätzliche Mastleistung. Wenn die Tiere frühestens alle fünf Jahre wieder auf die gleiche Fläche kommen, könne eine Parasiteninfektion fast ausgeschlossen werden. Allerdings sollten in den feuchteren Monaten und auf schweren Böden Tränke und Fut-



In Dänemark ist die Freilandhaltung von Schweinen zwar nicht sehr verbreitet, aber lang erprobt, wie hier am Dänischen Institut für Agrarwissenschaft bei Horsens. Foto: Jasper

gesundheit der Universität Kassel/Witzenhausen zusammengestellt (Lehrstuhl Prof. Sundrum, Autor der Studie ist Jörg Schumacher).

In dem Leitfaden enthalten sind unter anderem die relevanten Rechtsvorschriften, Angaben zur Futterration, Vorschläge zur Wasserversorgung im Winter, zur Gestaltung der Schutzhütte und viele praktische Tipps zur gesetzlich streng geregelten Einzäunung. Ein Beispiel: Wird das Loch für den Erdungspfahl mit Salz gefüllt, funktioniert die Spannungsübertragung auch im Winter, so Autor Jörg Schumacher, im Sommer ist es dagegen unter Umständen erforderlich, diese Stelle zu wässern.

Direkte Düngung

Der Standort des Pferchs ist auch im Hinblick auf die je nach Besatz nicht unerhebliche Düngewirkung der Schweine zu wäh-

tertrog häufig umgesetzt werden, da sich sonst in deren Umgebung eine tiefe Schlammsschicht bildet und die Porenstruktur des Bodens zerstört werde.

Die Hütte selbst kann aus Holz, Kunststoff oder Metall sein, jedoch sollten die Kanten zu Verbesserung der Haltbarkeit mit Stahl verstärkt werden. Wichtig ist im Sommer allerdings ein Lüftungsfenster auf der Rückseite der Hütte. Auch ein Unterstand aus Stroh-Großpackenballen ist möglich. Laut Schumachers Beobachtung lösen die Schweine die Ballen zwar mit der Zeit auf, doch erfülle die Hütte im Normalfall ihren Zweck dennoch über die komplette Mastdauer von etwa 18 Monaten.

Iris Lehmann

Hinweise zur Studie im Internet unter <http://orgprints.org/5289/>

Kurzes am Rande

Polnische Provinzen für Gentechnikfreiheit

In ihrer Versammlung am 9. September 2005 verabschiedeten die 16 polnischen Provinzen folgenden Beschluss zur Gentechnikfreiheit: Die polnische Regierung soll einen Antrag an die EU-Kommission vorbereiten, um den Import gentechnisch veränderter Produkte ins Land zu unterbinden. Die polnischen EP-Abgeordneten sollen im Europaparlament eine Debatte beginnen mit dem Ziel, dass hinsichtlich der Gentechnik alle EU-Staaten eigene Entscheidungen treffen. In dem Beschluss heißt es wörtlich: „Die Befürwortung des Anbaus von GVOs kann das öffentliche Ansehen der polnischen Landschaft beschädigen, die heute als Quelle von Gesundheit, Ökologie und qualitätsreichen Lebensmitteln betrachtet wird“, teilt die ICPPC (Internationale Koalition zur Erhaltung der polnischen Landschaft) mit. *we*

Nix zu Lachen im Land des Lächelns

Chinas Reisbauern gehören mit einem Jaheseinkommen von 300 Dollar zu den Verlierern der Modernisierung. Chinas Städter verdienen durchschnittlich 1.000 Dollar im Jahr. Die chinesische Führung befürchtet soziale Unruhen. *pm*

Neuer Studiengang in Hohenheim

Das Wissenschaftsministerium genehmigte der Universität Hohenheim zum Wintersemester 2005/2006 den internationalen Master-Studiengang „Organic Food Chain Management“. Schwerpunkte des Studiengangs sind sozioökonomische Aspekte des ökologischen Landbaus, Märkte und Marketing, pflanzliche und tierische Erzeugung sowie Verarbeitung ökologisch erzeugter Lebensmittel. Berufsfelder für die Absolventen sind Handel, Verarbeitung und Qualitätssicherung von ökologisch erzeugten Lebensmitteln, die internationale Zertifizierung von Ökoprodukten, außerdem die Beratung von Produzenten und Verarbeitern weltweit sowie die Mitarbeit in Verbänden und Nichtregierungsorganisationen. Weitere Informationen gibt es unter: www.uni-hohenheim.de/organic-food *pm*

Mit dem Unkraut sterben Kröten

Das weltweit meistverkaufte Herbizid Roundup tötet auch Amphibien. Dies ergab eine Untersuchung von Rick Relyea an der Universität Pittsburgh. In einer Versuchsreihe, bei der künstlich angelegte Biotop mit unterschiedlich hohen Konzentrationen von Roundup besprüht wurden, tötete das Mittel bei Einsatz der von Monsanto zugelassenen Maximalkonzentration innerhalb weniger Tage beinahe alle Frösche und Kröten. Relyea vermutet, dass es gar nicht der eigentliche Wirkstoff Glyphosat ist, der die Amphibien umbringt, sondern die Substanz Tallowamin, die beigemischt wird, um die Oberflächenspannung der Pflanzenblätter zu reduzieren, damit der Wirkstoff besser eindringen kann. Relyea hält es für möglich, dass der starke Einsatz von Roundup eine der Ursachen für das weltweite Amphibiensterben ist (30 Prozent aller bekannten Frosch-, Kröten- und Salamander-Arten sind vom Aussterben bedroht.) Die Gegenargumentation von Monsanto, das Herbizid sei für den Gebrauch in Gewässern überhaupt nicht vorgesehen, greift nicht wirklich: Die meisten Frösche, Kröten und Lurche wachsen nämlich nicht in großen Seen oder Flüssen heran, sondern in kleinen Pfützen und Tümpeln. Und die sind unweigerlich betroffen, wenn das Herbizid, wie in USA, Kanada und Südamerika üblich, großflächig mit dem Flugzeug versprüht wird. *pm*

Mehr Magenschäden in Agrarfabriken

Eine Studie spanischer Wissenschaftler in 129 Schweinemastbetrieben ergab, dass mit der Vergrößerung der Bestände auch die Schäden und die Geschwüre im Magen-Darm-Trakt der Tiere signifikant zunehmen. Ursachen: höhere Belegdichten, steigendes Infektionsrisiko (vor allem durch das Mischen zahlreicher Ferkelherkünfte), vermutlich auch die Fütterung auf möglichst schnelle Zunahme. *pm*

Resistente Ratten

In Westfalen und im Süd-Emsland sollen laut BBA bereits bis zu 95 Prozent der Ratten gegen ältere Gifte resistent sein. Neue Wirkstoffe wie Brodifacoum, Flocoumafen und Defethialon würden noch wirken, seien aber bis zu 100mal giftiger. *ta*

Vieles anders: Milchproduktion in Neuseeland

Weidehaltung, niedrige Futterkosten, Ausrichtung auf Fett und Eiweiß und ein hohes Ansehen für die Farmer

In dem Land, das von Deutschland aus gesehen auf der anderen Seite der Erde, das heißt 26 Flugstunden entfernt liegt, bedeutet Milchwirtschaft Erzeugung auf Weltmarktniveau, zumindest was Kosten und Preise angeht. Die

duzieren zu können, wird diese nur aus Gras ermolken. Kraftfuttermittel werden selten, in vielen Fällen gar nicht eingesetzt. Silage wird nur spärlich verfüttert: im Herbst, wenn das Graswachstum abnimmt, aber die Kühe noch in

Aufzuchtbetriebe abgegeben, welche sie dann hochtragend im nächsten Frühjahr zurück bringen. Außerarbeiten werden regelmäßig von Lohnunternehmern durchgeführt, sie würden nur die tägliche Routine stören.

für den jeweiligen Betrieb bedeuten. Die starke jährliche Schwankung des Milchpreises kann dies noch beschleunigen. 95 Prozent aller produzierten Milch werden von der Molkerei „Fonterra“ verarbeitet, deren Vorstand von den Landwirten gewählt wird. Der Milchpreis hängt sehr stark ab vom Weltmarktpreis, von der Stärke des amerikanischen Dollars sowie von der Erschließung neuer Märkte. Zu Beginn der Saison gibt die Molkerei einen „Basismilchpreis“ aus, der in keinem Monat unterschritten wird. Meist werden bei den monatlichen Erhebungen die Preise nach oben korrigiert, so dass der eigentliche Auszahlungspreis sehr viel höher liegt. Nachzahlungen am Ende der Saison gleichen den Unterschied aus. Der Milchpreis lag in den letzten Jahren zwischen 2,06 Euro und 2,28 Euro pro kg Milchinhaltstoffe (Fett-kg + Eiweiß-kg) und bescherte den Bauern recht gute Milchjahre.



Kühe treibt man in Neuseeland nicht zu Fuß...

Foto: K. Richter

Landwirte erhalten keinerlei Subventionen vom Staat, seitdem Mitte der 80iger Jahre der Schutz der Staatengemeinschaft des Commonwealth zusammenbrach. Die Abschaffung aller staatlichen Hilfen (inkl. Exportsubventionen) verursachte erst eine mittelgroße Auswanderungswelle, bald jedoch passte sich die Agrarwirtschaft an das neue System an.

Wie schafft es eine Nation, die so weit entfernt von allen Exportmärkten liegt, selbst nur 4 Millionen Einwohner zählt und 90 Prozent ihrer Milch außerhalb des Landes absetzen muss, so erfolgreich zu wirtschaften?

220-350 Kühe Durchschnitt

Neuseeland bietet reichlich Platz, so dass die Milchviehfarman im Durchschnitt eine Größe von 347 Tieren auf der Nordinsel und 216 Tieren auf der Südinsel des Landes haben. Die Farmgrößen belaufen sich auf 135 ha im Norden und 86 ha im Süden. Die Masseproduktion auf dem Grünland ist dabei wegen der herrschenden klimatischen Bedingungen erheblich höher als in Deutschland, und die Tiere können auch im Winter ohne Stallungen auf der Weide gehalten werden. So ergibt es sich, dass man mit weniger Land und ohne Stallanlagen sehr viele Tiere halten kann. Gemolken wird in einem sehr großzügig ausgelegten Melkhaus.

Weide-Milch

Die Basis der Milchproduktion stellt das Grünland dar. Um so günstig Milch pro-

duzieren zu können, wird diese nur aus Gras ermolken. Kraftfuttermittel werden selten, in vielen Fällen gar nicht eingesetzt. Silage wird nur spärlich verfüttert: im Herbst, wenn das Graswachstum abnimmt, aber die Kühe noch in

Landwirte erhalten keinerlei Subventionen vom Staat, seitdem Mitte der 80iger Jahre der Schutz der Staatengemeinschaft des Commonwealth zusammenbrach. Die Abschaffung aller staatlichen Hilfen (inkl. Exportsubventionen) verursachte erst eine mittelgroße Auswanderungswelle, bald jedoch passte sich die Agrarwirtschaft an das neue System an. Wie schafft es eine Nation, die so weit entfernt von allen Exportmärkten liegt, selbst nur 4 Millionen Einwohner zählt und 90 Prozent ihrer Milch außerhalb des Landes absetzen muss, so erfolgreich zu wirtschaften? Neuseeland bietet reichlich Platz, so dass die Milchviehfarman im Durchschnitt eine Größe von 347 Tieren auf der Nordinsel und 216 Tieren auf der Südinsel des Landes haben. Die Farmgrößen belaufen sich auf 135 ha im Norden und 86 ha im Süden. Die Masseproduktion auf dem Grünland ist dabei wegen der herrschenden klimatischen Bedingungen erheblich höher als in Deutschland, und die Tiere können auch im Winter ohne Stallungen auf der Weide gehalten werden. So ergibt es sich, dass man mit weniger Land und ohne Stallanlagen sehr viele Tiere halten kann. Gemolken wird in einem sehr großzügig ausgelegten Melkhaus. Die Basis der Milchproduktion stellt das Grünland dar. Um so günstig Milch pro-

duzieren zu können, wird diese nur aus Gras ermolken. Kraftfuttermittel werden selten, in vielen Fällen gar nicht eingesetzt. Silage wird nur spärlich verfüttert: im Herbst, wenn das Graswachstum abnimmt, aber die Kühe noch in

Fett und Eiweiß

Das Bezahlungsschema für Milch unterscheidet sich stark von dem in Deutschland: Bezahlt wird in Neuseeland nach Fett-Gewicht plus Eiweiß-Gewicht minus Milchmenge-Gewicht. Die stärkere Bedeutung von Fett und Eiweiß gegenüber der Menge hängt mit der Exportorientierung der Milchwirtschaft zusammen, denn Wasser in der Milch verursacht bei der Käse- und Milchpulvergewinnung für den Export nur zusätzliche Kosten.

Die vorherrschende Rasse war deswegen über Jahre hinweg die kleine Jerseykuh, die wegen ihrer hohen Anteile an Inhaltsstoffen und der guten Leistung (bezogen auf ihr Lebendgewicht) bekannt ist. Heute setzen sich die Holstein-Frisian-Kühe immer mehr durch, da eine hohe Leistung von vielen Farmern gefragt ist. Auch Kreuzungen der beiden Rassen werden bewusst eingesetzt, um beide Vorzüge zu nutzen. Rund 58 Prozent aller Kühe gehören inzwischen der Rasse HF an, nur noch 16 Prozent sind Jersey-Kühe, 19 Prozent der Kühe aller Herden bestehen aus Kreuzungen, und die ursprünglich in Neuseeland gehaltene Rasse Ayrshire stellt nur noch ein Prozent der Kuhpopulation.

Die durchschnittliche neuseeländische Milchkuh gibt etwa 3.600 kg Milch pro Saison, mit 4,7 % Fett und 3,6 % Eiweiß. Und von einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von 4 Laktationen kann der deutsche Durchschnittskollege nur träumen.

Tiere wenig wert

Ganz so simpel wie es auf den ersten Blick erscheinen mag, ist das System aber dennoch nicht: Hinter der Weidedylle steckt eine sehr genaue Kalkulation aller Faktoren. Kühe sind in Neuseeland wenig wert, sind sie doch reichhaltig vorhanden. Lahmt ein Tier, oder wird es nicht rechtzeitig in einer Spanne von 2 Monaten getragend, so wird es geschlachtet. Stimmt in einem Betrieb das Weidemanagement nicht, oder sind bei den künstlichen Besamungen Versäumnisse aufgetreten (85 Prozent aller Kühe werden künstlich besamt und vorher durch Hormonbehandlung synchronisiert), kann dies sehr schnell das Aus-

Mentalität

Neuseeland unterscheidet sich von Deutschland auch in der Mentalität der Milchbauern. So wird die Zukunft durchweg positiv gesehen, und finanziell schlechtere Jahre werden eher als eine betriebliche Herausforderung als eine finanzielle Misere gesehen. Das dort ansässige System der 50-50-Share Milker, welches Jung- und Nichtlandwirten einen problemlosen Einstieg in die Milchwirtschaft ermöglicht und auf 35 Prozent aller Farmen genutzt wird, schafft ungeheure Anreize für diesen Beruf. Dabei stellt der Farmeigentümer den Betrieb und alle Produktionsmittel, der Pächter des Betriebes bringt seine Kühe mit und erledigt die betrieblichen Arbeiten. Der erwirtschaftete Lohn wird nach der Saison geteilt.

Sehr angenehm ist auch die Tatsache, dass Neuseelands Landwirte sehr geachtete Personen sind. Die sehr stark landwirtschaftlich geprägte Nation weiß die Arbeit der Bauern zu schätzen und zu respektieren. Für mich war dies eine völlig neue Erfahrung, nachdem man sich in Deutschland für seinen Beruf doch eher rechtfertigen muss.

Kathrin Richter

Die Autorin arbeitete nach ihrem Studium sechs Monate in Neuseeland, teils wissenschaftlich, teils auf einem Milchviehbetrieb mit 650 Kühen.

Leserbrief

Milchpreis: Die Sache selbst in die Hand nehmen!

Immer wieder das gleiche, Milchpreisdiskussionen landauf landab, nicht nur in Deutschland, wo ich die Meldungen immer wieder über die Bauernstimme verfolge, auch hier bei uns in der Schweiz, wo die Verantwortlichen von Milch genau die selben Fehler machen, wie dazumal in Deutschland vor 30 Jahren, als der Milch-Preiszerfalls durch Fusionen und Vergrößerungen aufgehalten werden sollte. Das Allheilmittel, Wachsen oder Weichen, „betriebswirtschaftlich“ abgesichert mit den Worten Rentabilität, Effizienz und Konkurrenzfähigkeit hat uns nicht weiter gebracht. Sehr viele Betriebe sind gewichen, andere gewachsen, wir beklagen einen Landschaftsverlust kleinräumiger Gebiete und die Diskussionen über Wachsen oder Weichen nehmen kein Ende, ganz zu schweigen von der politischen Dimension von Arbeitsplatzverlusten.

Nach 20 Alpsommern sind wir vor 4 Jahren ins Tal gegangen, um hier in Andeer am Projekt Dorfsennerei Andeer zu versuchen, einen anderen Weg zu gehen. Unsere Hauptidee lässt sich auf die einfache Formel reduzieren „Erhalten statt wachsen“. Wir müssen beginnen, unsere Sache selbst in die Hand zu nehmen, aber wem sage ich das. Trotzdem, der Finger ist schnell gezückt, um den Schuldigen in Industrie und

Politik zu suchen, dabei gehen bei jedem Fingerzeig drei Finger auf mich selbst zurück. Wie viel bin ich selbst bereit, für eine Idee zu tun; die Idee, eine kleinräumige Landschaft mit einer kleinräumigen Landwirtschaft zu erhalten und das zu erst durch mein eigenes Tun, durch meine eigene kleine Regionalpolitik, durch meine eigene Kommunikationswilligkeit und Kommunikationsfähigkeit, über Zusammenhänge zu reden und durch meinen eigenen Geldbeutel.

Nach fast vier Jahren haben wir erreicht, dass wir einen recht hohen Milchpreis bezahlen können (Bruttomilchpreis 92,5 Rappen pro Liter bzw. 93,5 Rappen pro Liter für Milch von Kühen mit Hörnern) und dass wir vier Arbeitsplätze bieten, einen Arbeitsplatz pro 100.000 Liter verarbeitete Jahresmilchmenge.

Wir wollen unser Projekt Sennerei Andeer fortführen, bis sich der Betrieb zu einem gesunden Gesamtbetrieb entwickelt hat mit fünf bis sechs Arbeitsplätzen bei einer Menge von gleich bleibenden 360.000 Liter Milch pro Jahr, doch das dauert noch zwei bis drei Jahre, wenn wir es schaffen, alle Vermarktungswege zu optimieren.

Martin Bienerth,
Sennerei Andeer, Schweiz

Leserbrief

AbL parteipolitisch unabhängig? Wäre schön!

In der Bauernstimme von Juli 2005 erklärte der (grüne) AbL-Vorsitzende: „Die AbL ist parteipolitisch nicht festgelegt“. Ich reibe mir die Augen, erinnere mich an die Vielzahl kritisch-werbender Artikel für die Künast'sche Politik und denke, der Anspruch sei wohl ein Versprechen für die Zukunft. Wie schön wäre es, wenn die Bauernstimme wieder unabhängig werden würde.

In der Bauernstimme von September 2005 verunsicherte mich ein Beitrag von Ulrich Jasper, der mit der Schlussfolgerung endet: „Wettbewerb zu befördern ist also nicht schlecht, sondern notwendig“. Wozu so eine triviale Aussage: schon Züchterkinder bei Vorführ- und Tierbeurteilungswettbewerben wissen um den Reiz von Wettbewerb in der Landwirtschaft. Was kann also Anlass für die Aussage sein? Eine mögliche Antwort finde ich in „profil: Grün“, der Wahlbroschüre der Bundestagsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“. Dort schreibt der (grüne) Bundestagsabgeordnete Friedrich Ostendorff: „Grünes Leitbild für eine Neuausrichtung der nationalen Agrarpolitik ist eine wettbewerbsfähige und nach-

haltige Landwirtschaft“. Wenn man das wohlfeile schmückende Beiwort nachhaltig mal beiseite legt, bleibt der Kern: wettbewerbsfähige Landwirtschaft. In dem politischen Zusammenhang, in dem das Wort seit über einem Jahrzehnt von Bauernverband, CDU, CSU, FDP und SPD verwendet wird, geht es um Wettbewerb zu den Bedingungen des Weltmarktes.

Soll uns der Beitrag von Ulrich Jasper damit vertraut machen, dass nach dem Thema „Nachwachsende Rohstoffe“ nun auch beim Thema „Wettbewerbsfähige Landwirtschaft“ die grünen Agrarpolitiker in der AbL bei Vorstellungen und Vokabular der anderen Parteien angekommen sind?

Prof. Dr. Onno Poppinga,
Universität Kassel,
Fachgebiet Landnutzung und
Regionale Agrarpolitik

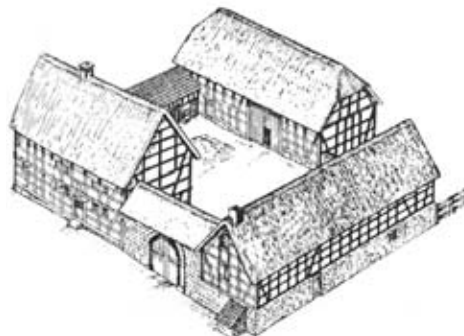
Die veröffentlichten Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

„Herr Landwirt“ ist eine Frau!

Jetzt habe ich den Hof zwar „nur“ vom Vater gepachtet, aber trotzdem bin ich ein bisschen stolz, dass alle Post nun an mich gesandt wird: die Molkereiabrechnungen, aber natürlich auch alle Rechnungen vom Tierarzt, vom Landhandel und so weiter. Manche tun sich aber auch wirklich schwer mit einer Frau als Hofbesitzerin. Dem Viehhändler zum Beispiel musste ich ein paar Schlachtabrechnungen lang hinterher telefonieren, bis er die Abrechnungen und vor allem die Schecks auf meinen Namen ausstellte. Der Übergang fiel ihm offensichtlich nicht leicht: zwei Abrechnungen waren auf „Herrn Landwirt“ ausgestellt – mein Vorname ist aber eigentlich sehr eindeutig ein Frauenname, und das sah dann im Briefkopf ganz ulkig aus. Unser Landhändler hatte das gleiche „Problem“, aber mittlerweile ist auch ihm aufgefallen, dass ich eine Frau bin: Wenn ich anrufe und mich melde, bekommt die Stimme vom Chef gleich so einen weichen Unterton – das finde ich gut, da rufe ich lieber an als bei den Genossen! Die Treckerwerkstatt schickt stur alle Rechnungen an meinen Vater; der öffnet aber keine Briefe mehr unter dem Hinweis auf sein Rentnerdasein – na und ich fühle mich natürlich nicht angesprochen. Sollen sie doch sehen, wer ihre Rechnungen bezahlt!

Ganz witzig wird es, wenn unbekannte Vertreter auf den Hof kommen und „den Chef“

suchen. Ich mache mir manchmal einen Spaß daraus und stelle mich blöd, so nach dem Motto „Mein Name ist Hase, ich weiß von nix“, aber das kommt nicht oft vor; die meisten gucken ein bisschen suchend durch die Gegend und nehmen dann mit mir vorlieb.



... aus dem Rheinland

Ich bringe es aber noch nicht fertig, „steht vor ihnen“ zu sagen. Wenn Ausländer auf dem Hof kommen, wird es ganz interessant: ein Türke, der schon mal einen Bullen bei uns gekauft hat, begrüßt mich immer total herzlich, und wenn er jemanden mitgebracht hat, stellt er mich stets als die große „Bullenflüsterin“ dar: Wir wollten damals zu dritt seinen Bullen aus einer Fünferbucht rausholen (was schon eine Schnapsidee war), mein Vater und er zerrten an einem Seil herum, das dem Bullen um Kopf und Hals geschlungen war, und ich sollte die anderen vier in Schach halten. Jedenfalls war dieser Bulle nicht dazu zu bewegen, seinen Stall und seine Kollegen zu verlassen, und mein Vater wollte schon den Hofschlepper holen. Ich weiß gar nicht mehr was genau war, ob ich dem Bullen einen Tritt verpasste oder mit zum Seil griff oder mein wütendes „Vorán, du Arsch“ wirkte – jedenfalls hüpfte er endlich aus seinem Stall heraus und direkt auf den Anhänger. Ich vermute, es lag daran, dass das Vieh vom vielen Ziehen und Zerren Luftnot bekam und es sich dann doch anders überlegte. Jedenfalls war für den Türken die Sache klar: Ich hatte den Bullen „überredet“ oder so.

Andere haben da mehr Schwierigkeiten, wie zum Beispiel der Typ mit dem Werkzeug: der fragte immer nach dem Chef und schließlich nach meinem Mann und wollte partout nicht mit mir reden – er konnte sein Werkzeug offensichtlich nur Männern anbieten.

Milchgeld-Krimi

Ein Mord in Kommissar Klüftingers beschaulichem Allgäuer Heimatort Altusried – ein Lebensmittelchemiker der Molkerei ist stranguliert worden. Man ist nicht nur bei den eigenwilligen Ermittlungsmethoden und im Polizeialltag dabei, sondern erfährt während der spannenden Handlung auch so allerlei über das Seelen- und Eheleben eines liebenswert-kantigen Kommissars. *en*

Volker Klüpfel, Michael Kobr, *Milchgeld*, 310 Seiten, Piper-Verlag, 2005, 8,90 €
Zu beziehen über den ABL-Verlag



Mörderisches Fleisch-Kartell

Ein französischer Wissenschaftler und ein deutscher Chefarzt verunglücken zur gleichen Zeit mit ihren Autos unter mysteriösen Umständen tödlich. Als der Journalist Briegel zu recherchieren beginnt und die Spuren nach Frankreich verfolgt, kommen bald bedrohliche Infektionskrankheiten in sein Visier. Briegel gerät in einen mörderischen Konflikt mit der Fleischmafia und verliebt sich in eine Biochemikerin, die ihm aber immer gefährlichere Rätsel aufgibt. Ein mitreißender Thriller. *en*

Heinz-Peter Baecker, *Das Fleisch-Kartell*, 363 S., Kontrast-Verlag, 2004, 12,90 €
Zu beziehen über den ABL-Verlag

Ohne Menschen keine Wirtschaft

Oder: Wie gesellschaftlicher Reichtum entsteht

Drei Städterinnen, Forscherinnen, Soziologinnen noch dazu, lebten drei Jahre lang in Borgentreich in der Warburger Börde, um dort nach „Ansätzen regionalen Wirtschaftens in der ländlichen Gesellschaft“ zu suchen.

Im Dorf selbst zu wohnen, war Teil des Programms. „Um den dörflichen Alltag zu verstehen, mussten wir an ihm teilhaben“, sagen die Autorinnen.

Herausgekommen ist ein Buch, das zu lesen sich lohnt, das Mut macht und nachdenklich stimmt. Lebendig wird der Dorfalltag geschildert und einfühlsam die Freude und die Sorgen der Menschen im dörflichen Miteinander dargestellt. Dabei tritt oft Erstaunliches zu Tage. Auf den ersten Blick zum Beispiel scheint die Warburger Börde mit ihren fruchtbaren Böden ausschließlich von industrieller Landwirtschaft geprägt zu sein. Bei näherem Hinsehen zeigt sich aber, dass es immer noch viele kleine und mittlere Betriebe gibt, sowohl in der Landwirtschaft als auch im Handwerk, die weder wachsen noch weichen wollen und dennoch leben können. Es gibt unterschiedlichste Varianten regionaler Austauschbeziehungen, sei es

die übliche Nachbarschaftshilfe unter Bauern und Bäuerinnen oder der Schlachter vor Ort, der auch Schweine von Kleinbetrieben verarbeitet, der lokale Handwerker mit einheimischen Auftraggebern oder die landwirtschaftliche Erzeugergemeinschaft Bördeland und Diemeltal.



Besonderes Augenmerk richten die Autorinnen auf die Rolle der Frauen in der ländlichen Gemeinschaft. Ihren Aufgaben und ihren Wirkungsbereichen ist ein eigenes Kapitel gewidmet.

Auch die lokalen Vereine werden vorgestellt, allen voran der Schützenverein, und ihr Beitrag zur Bildung sozialer und wirtschaftlicher Netzwerke beleuchtet, der von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Alles in allem ein gelungener, lesenswerter Bericht über regionales Wirtschaften und das Leben auf dem Lande im einundzwanzigsten Jahrhundert – das trotz Globalisierung vielfältig und lebendig ist – und gut vernetzt. Unbedingt erwähnt werden müssen auch die wunderbaren Portraitfotos der verschiedenen Bördebewohner von Cornelia Suhan im Kapitel fünf. Allein für sie lohnt es sich, das Buch zu kaufen!

al

A. Baier, V. Bennholdt-Thomsen, B. Holzer: *Ohne Menschen keine Wirtschaft*. oekom verlag 2005, 221 Seiten, 19,00 Euro, zu beziehen über den ABL-Verlag

Fair Future

Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit – wie kann das zusammen gehen?

Dass die natürlichen Ressourcen begrenzt sind, wissen wir. Aktuell fällt uns der stetig steigende Ölpreis auf. Dieser Trend ist nicht umkehrbar, Öl wird teuer bleiben, teurer werden, Öl wird knapper.

„Fair Future“, herausgegeben von einem zwölfköpfigen Autorenteam des renommierten Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie, beschäftigt sich mit der Ressourcenknappheit und fragt: „Welche Globalisierung ist zukunftsfähig?“

Nach Ansicht der Verfasser steht die Entwicklung auf dem Scheideweg: „Entweder bleibt die Mehrheit der Welt vom Wohlstand ausgeschlossen, oder das Wohlstandsmodell wird so umgestaltet, dass alle daran teilnehmen können, ohne den Planeten ungestaltlich zu machen.“

Es wird detailgenau dargestellt, wie die globalen Ressourcen verteilt sind und wer sie nutzt. Hier wird in Zahlen deutlich, was wir alle wissen: Die Industrieländer verbrauchen den Löwenanteil sämtlicher wichtiger Rohstoffe. Aber auch Länder wie Indien oder China entwickeln sich rasant und fordern einen immer größeren Anteil.

Wie also kann eine ressourcenleichte und gerechte Globalisierung aussehen?

Die Wuppertaler benennen vier Leitbilder: „Menschenrechte, Teilhabegerechtigkeit, fairer Handel und Schadensausgleich“.

Ganz klar ist, dass der Energieverbrauch der Industrieländer drastisch reduziert werden muss, was nur über energieeffizientere Technologien und erneuerbare Energien möglich ist.

Hier kommt die Landwirtschaft ins Spiel. Die Autoren plädieren für regenerative Landbaumethoden, die die natürlichen und sozialen Ressourcen schonend nutzen, denn: „Die industrielle Landwirtschaft hat sich – im Norden wie im Süden – in eine ökologische und soziale Sackgasse manövriert. Sie produziert mit massivem Dünger- und Pestizideinsatz, hohem Wasser- und Energieverbrauch, einer meist großflächigen, hochtechnisierten Produktion und mit Massentierhaltung möglichst billige Nahrungsmittel.“

Das schafft weder Arbeitsplätze noch gerechte Erzeugerpreise, noch ist es eine naturverträgliche und somit zukunftsfähige Produktionsform.

Im hinteren Teil entwirft das Autorenteam Lösungsansätze zum ökologischen und fairen Umbau der Weltgesellschaft. Unter dem Motto „Fairhandel statt Freihandel“ wird scharfe Kritik an der derzeitigen, allein auf Handelsliberalisierung ausgerichteten WTO- Politik

geübt. „Zukunftsfähig kann nur ein Welt-handelssystem sein, das ebenso wie auf Wohlstand auf die Regeneration der Natur und auf Menschenrechte bedacht ist.“ Der wirtschaftliche Erfolg eines Landes hat meist viel mehr mit Rechtssicherheit, einer legitimen Regierung und Bildung zu tun als mit der Öffnung der Märkte, so lautet die Erkenntnis der Wissenschaftler.

Es ist daher ihrer Ansicht nach unerlässlich, die WTO „neu zu erfinden“ – mit anderen oder anders gewichteten Maßstäben und Zielsetzungen.

In „Fair Future“ ist es gelungen, eine hohe Dichte an Informationen mit einer transparenten und verständlichen Darstellung der Zusammenhänge zu verbinden. Es ist Nachschlagewerk und Argumentationshilfe

für alle, die dem gegenwärtig vorherrschenden Globalisierungs-Ansatz etwas entgegenhalten wollen.

al

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie: „Fair Future“, 278 Seiten, 19,90 Euro, Verlag C.H. Beck, 2005, zu beziehen über den ABL-Verlag



Zellgeflüster

Vor lauter Ereignissen im Bereich der Agrogentechnik wird schnell der Grund für die ablehnende Haltung aus den Augen verloren. Anregungen zum Nachdenken, was hinter der aktuellen Forschung jenseits der Gentechnik steckt bietet „Zellgeflüster“ von Florian Koechlin

Viel an der Kritik an der Gentechnikindustrie zielt auf die negativen Folgen: auf mögliche Risiken für die Gesundheit, auf Einschränkungen der biologischen Vielfalt, auf die erhöhte Abhängigkeit der Bauern von fünf Konzernen. Schon vor vielen Jahren begann die bekannte Schweizer Gentechnikkritikerin Florian Koechlin nach positiven Ansätzen in der Wissenschaft und der praktischen Landwirtschaft zu suchen. Allzu häufig wird Gentechnik immer noch sehr mechanisch erklärt: Fehlt eine Eigenschaft, wird sie aus einer anderen Pflanze, einem Bakterium oder einem Tier herausgeschnitten und dann in die Zellen der gewünschten Pflanze hineingeschossen. Statt der simplen Buchstabenlogik findet Florian Koechlin gemeinsam mit der Hamburger Forscherin Regine Kollek zu einem Bild, dass die Aufgabe der Gene bei Lebewesen beschreibt: Übertragen auf ein Orchester sind die Gene nicht die Komposition an sich, sondern eher eine Note auf dem Notenblatt, das die Tonhöhe angibt. Erst wenn Noten in einer bestimmten Reihenfolge verknüpft werden, erkennen wir die Melodie.

Florian Koechlin spricht mit Physikern, Bauern – diskutiert mit ihnen über die Fä-

higkeiten von Zellen, miteinander zu kommunizieren. Der Forscher Ted Turlings berichtet, dass zu Maispflanzen, die von Raupen angefressen werden, kurze Zeit später Parasiten der Raupen geflogen kommen. Die Maispflanze reagiert auf einen Stoff im Speichel der Raupen und sendet dann einen Duftstoff aus, den die Parasiten der Raupen erkennen können. Das Fazit des Forschers: Pflanzen können mittels Duftstoffen kommunizieren. Das widerspricht der Vorstellung, dass Pflanzen rein mechanisch reagieren. Noch beeindruckender ist die Forschung zu Einzellern, die sich durch ein Labyrinth hindurch vermehren und den Weg von Mal zu Mal schneller fanden. Das Buch ist ein Schätzchen, das in die moderne Welt der Wissenschaft führt, ohne durch komplizierte Fachbegriffe abzuschrecken. Die schöne und anschauliche Sprache zieht die Leser in den Bann. *ms*

Zellgeflüster von Florian Koechlin, 256 Seiten, Lenos-Verlag 2005, zu beziehen über den ABL-Verlag



Kurzes am Rande

Neues Leben in den Alpen

Dargestellt werden Projekte, Initiativen, Verbände und Höfe rund um die ökologische Landwirtschaft, Verarbeitung und Tourismus in Österreich und den europäischen Alpenanrainern.

Darin eingebettet sind historische männliche Persönlichkeiten des 18/19 Jh., die als Gründer und Väter des „Neuen Leben“ bezeichnet und vorgestellt werden. Leider wird der häufig verwendete Terminus „Neues Leben“ nicht erläutert. Vorweg steht eine gute Einführung zu biologischer Landwirtschaft und deren Verbänden in Österreich. Vergessen wurde dabei der größte Verband mit 95 Prozent der biologisch wirtschaftenden Betriebe: „Ernte“.

Das Buch ist durchsetzt mit kritischen Anmerkungen zu unserer derzeitigen Wirtschaftsweise, Politik und gesellschaftlichen Umgangsformen und historischen Parallelen der letzten Jahrhunderte.

Ein „Bio“ Nachschlagewerk für die Alpen und Umland, aber ich weiß nicht recht, wer die Zielgruppe sein soll. Auch fehlt mir angesichts des Schimpfens über längst bekannte Missstände die Frage, was uns als Gesellschaft und Einzelne daran hindert, unser Verhalten zu ändern – und eine kritische Auseinandersetzung mit den Entwicklungen im Biobereich.

Was mir hier in den Alpen auffällt ist, dass biologisch wirtschaftende Höfe keine Eigenwerbung vor Ort machen und schwer zu finden sind für Leute, die noch keinen Kontakt zu diesem Thema haben. Die gesellschaftliche Präsenz, außer bei den Bioprodukten im Supermarkt, fehlt.

Der Titel verspricht mehr, als der Inhalt bereithält. Ich erwarte mehr als eine Aufzählung von Initiativen. Eher eine Entwicklung von Strategien und neuen Ausrichtungen, wie diese sensible und schwer zu bewirtschaftende Region behutsam gepflegt, genutzt und bewohnt werden kann.

Jasmin Berger, seit zwei Jahren in den Steirischen Alpen

Hans Haid: Neues Leben in den Alpen. Initiativen, Modelle und Projekte der Bio-Landwirtschaft, Böhlau Verlag 2005, 249 Seiten, 24,90 Euro

Handreichung Biogas neu aufgelegt

Die auf den neuesten Stand gebrachte „Handreichung Biogasgewinnung und -nutzung“ steht interessierten Fachleuten bei der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) ab sofort wieder kostenlos zur Verfügung.

In vollständig überarbeiteter und partiell neuer Fassung – das gilt insbesondere für die Kapitel zu den Baugenehmigungsverfahren oder zur EU-Hygieneverordnung – bietet die Neuauflage der Handreichung Biogas nicht nur potenziellen Anlagenbetreibern heute wieder alle notwendigen Informationen detailliert und verständlich aus einer Quelle.

Autoren sind das Institut für Energetik und Umwelt gGmbH Leipzig in Kooperation mit der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) Braunschweig und dem KTBL, Darmstadt

Die Handreichung (ISBN 3-00-014333-5), 230 Seiten mit vielen Tabellen und Grafiken, ist kostenlos erhältlich und kann über infomaterial@fnr.de oder die Internetseite www.bio-energie.de bestellt oder unter gleicher Adresse heruntergeladen werden.

Tagungsband Synthetische Biokraftstoffe

Große Hoffnungen verbinden sich mit den Biomass-to-liquid-(BtL-) Kraftstoffen. Der aktuelle Tagungsband, den die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) vorgelegt hat, fasst die Beiträge des letztjährigen internationalen BtL-Kongresses in Wolfsburg zusammen und bietet mit seinen 23 Beiträgen einen kompletten Überblick über die Positionen von Politik und Industrie, über Potenziale, Kosten sowie die neuesten technologischen Tendenzen in Deutschland und Europa.

Das Buch „Synthetische Biokraftstoffe: Techniken – Potenziale – Perspektiven“, ISBN 3-7843-3346-X, ist als Band 25 in der Schriftenreihe „Nachwachsende Rohstoffe“ erschienen und kann für 20,- Euro über den Landwirtschaftsverlag Münster bezogen werden.

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe 2005 2004 2003 2002 2001 2000 1999
19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 € 19,00 € 5,00 €

.... Expl. **Verliebt Trecker fahren**, Stückpreis 9,90 € _____ €

weitere Bücherwünsche:

zugl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ ggf. E-Mail _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschüsse bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für BS November 2005 ist am 21. Oktober.

Hof und Arbeit

● Landleben! Bauernhof sucht kreative, kinderfreundl. Mitbewohner/Partner, HG, Wohnfläche ca. 90 m² + ausbaufähig, Werkstatt, Lager, Garten, Tierhaltung + mehr möglich in Oberhessen
just be happy! ☎ 06692-8202

Querfeldein

● Hebamme, 30 J., 2 Kinder, eingetragte auf Schwarzwaldhof, sucht ebenfalls junge Frau in ähnlicher Situation zum regelm. reden und zuhören, besonders wenn das Zusammenleben zwischen den Generationen schwierig wird!
K. Reichenbach, 79286 Glottertal, ☎ 07684-909545

Tiermarkt

● Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse.
Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Holzpelletheizungen
● Holzhackschnitzelheizungen
● Holzvergaserheizungen
www.agriserve.de
60437 Frankfurt
☎ 06101-541 985

AbL**attac****Liberalisierung macht Hunger**

In einer bundesweiten Öffentlichkeitskampagne diskutiert die **AbL** mit **attac** zum Thema Welthandel am Beispiel Hähnchenmast

dafür finden Podiumsdiskussionen statt in:

Hamburg, Dienstag den 11. Oktober
Kiel, Mittwoch den 12. Oktober
Oldenburg, Donnerstag den 13. Oktober
Berlin, Samstag den 15. Oktober
Stuttgart, Montag den 17. Oktober
Mannheim, Dienstag den 18. Oktober
Düsseldorf, Mittwoch den 19. Oktober
Köln, Freitag den 21. Oktober

Die Diskussionen beginnen jeweils um 19 Uhr

Über die Veranstaltungsorte informiert Sie
Berit Thomsen (AbL) 02381-9053172

AbL**Landesverband NRW****Einladung zur offenen Jahrestagung**

mit anschließender Mitgliederversammlung
Montag, den 17. Oktober 2005 um 19.30 Uhr

Haus Splietker, In Süddinker 36, 59069 Hamm-Süddinker

**Landwirtschaftspolitik in NRW –
Weichenstellung von
Landwirtschaftsminister Uhlenberg**

Einleitendes Referat von Staatssekretär Dr. Alexander Schink, MUNLV, Schwerpunkte: Ländlicher Raum, gentechnikfreie Landwirtschaft, Agrarverwaltung
Im Anschluss: Diskussion

Kontakt: AbL-Landesverband NRW,
Siegfried Herbst, Tel. 02381-90 53 170

AbL Niedersachsen:**Herbsttagung**

30. Oktober 2005, Verden

Vormittags: Vorstellung der Ergebnisse der Modellregionen: Nordlichter, Wendland/Elbetal und Ostfriesland
Nachmittags: Milchpreise – welche Strategien sind von Nöten? – mit Referent Martin Hofstetter (Uni Kassel)

Anschließend: Aktuelles aus dem Bundesverband und zur Lage bei der Gentechnik mit Georg Janßen von 10 bis 16 Uhr, Hotel Grüner Jäger, Verden

Landwirtschaftliche Sozialversicherung – zukunftsfähig?!

04. Oktober 2005 in Frankfurt am Main

von 10 bis 16 Uhr im VHC Spenerhotel, weitere Informationen: Katharina Knierim, KLB-Bundesstelle (Katholische Landvolkbewegung Deutschland), ☎ 02224-71031, Fax: -78971, www.klb-deutschland.de

Omega 3 Herzmilch

07. Oktober 2005, München

Das Projekt schlägt eine Brücke zwischen Ernährungsmedizin und Landwirtschaft, um die Potenziale für Erzeugung und Vermarktung von Milchprodukten aus Weidehaltung mit nativ erhöhten Gehalten an Omega 3 Fettsäuren zu untersuchen.

ab 14:00 Uhr im Pavillon des Bundesverbrauchermünsteriums auf der Bundesgartenschau in München (Nähe Eingang Süd), verantwortlich: Dr. Daniel Weiß, Projekt Omega 3 Herzmilch, ☎ 08161-4965870, weiss@wzw.tum.de, www.chiemgau-inn-salzach.de

Existenzsicherung für kleinbäuerliche Betriebe in Polen und Nordhessen

13. und 14. Oktober 2005, Witzhausen

Fachtagung zur Informationsreise von 20 Landwirten aus kleinbäuerlich strukturierten Gemeinden in Südpolen nach Nordhessen mit Erfahrungsaustausch, Diskussionsrunden und Arbeitsgruppen.

Anmeldung: Uni Kassel Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften, Fachgebiet Landnutzung und Regionale Agrarpolitik, Karin Jürgens, ☎ 05542-981667, karinjurgens@uni-kassel.de

Welche Politik macht Bauern weltweit satt?

14. Oktober 2005, Altenkirchen

Unsere Agrarsubventionen sind für Bauern in Entwicklungsländern ein Problem. Andererseits werden Landwirte in Deutschland von Weltmarktpreisen nicht satt. Wie kann hier globale Gerechtigkeit gelingen?

Programm und Anmeldung: Claudia Leibrock, Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum, ☎ 02681-9516-46, Fax: -70206, leibroch@lja.de.

Betriebliche Grundlagen für das Lernen auf dem Bauernhof

14. bis 16. Oktober 2005, Altenkirchen

Veranstaltungen

Claudia Leibrock, Evangelische Landjugendakademie, ☎ 02681-9516-17, Fax: -70206, leibroch@lja.de

ProBIOGAS

17. bis 19. und 24. bis 27. Oktober 2005, Wolpertshausen

Qualifizierung f. Anlagenbetreiber Internationales Biogas- und Bioenergie-Zentrum IBBK, Michael Köttner, ☎ 07954-926 203, Fax: -926 204, info@biogas-zentrum.de, www.biogas-zentrum.de

Regionale Strategien

18. Oktober 2005, Fulda

In Workshops sollen Strategien erörtert werden, wie Land- und Forstwirtschaft mit anderen Bereichen regionalen Wirtschaftens verknüpft werden kann, um für alle mehr zu erreichen.

Institut für Ländliche Strukturforschung (IfLS) Frankfurt/M., ☎ 069-775001, a.warczok@ifls.de, www.ifls.de/download/ELER_TAGUNG.pdf

Biogas – Chancen

19. Oktober 2005, Stuttgart

Fachtagung zu Chancen für Land(wirt)schaft und Klimaschutz in Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium Baden-Württemberg und der Universität Stuttgart Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg, ☎ 0711-126-2814, Fax: -2893, www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de

Erneuerbare und Naturschutz

19. und 20. Oktober 2005, Berlin

Fachvorträge zu Wind- und Solarenergie, Wasserkraft und Biomassenutzung sollen beantworten, an welchen Standorten und unter welchen Bedingungen sich die Nutzung erneuerbarer Energien aus Naturschutzsicht mehr oder weniger eignet.

Deutscher Rat für Landespflege, Konstantinstr. 110, 53179 Bonn, ☎ 0228-33 10 97, Fax: -33 47 27, www.landespflege.de

Bodenschutz durch Humusaufbau

20. Oktober 2005, Teising

mit Dr. Andrea Beste vom Büro für Bodenkunde in Mainz
19.30 Uhr, Reiterhof in Teising, Veranstaltung der Region aktiv Chiemgau-Inn-Salzach e. V., Andreas Rimmelberger, ☎ 08679-6474, www.chiemgau-inn-salzach.de

Ehescheidung in der Landwirtschaft

21. Oktober 2005, Hohebuch

Es ist hilfreich, um seine Rechte und Pflichten zu wissen, damit zu Schmerz und Trennung nicht auch noch unnötiges Leid durch lange Rechtsstreitigkeiten kommt.
Information und Anmeldung: Evangelisches Bauernwerk, ☎ 07942-107-70, Fax: -77, r.grigo@hohebuch.de

EnergieTage Hessen® 2005

21.-23. Oktober 2005, Wetzlar
Kongresse u. a. zu „Strom und Wärme aus Biomasse im kleinen Leistungsbereich“ oder die „1. Tagung für Stroh- und Getreideverbrennung“.

www.energie-tage.com; erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice GmbH, Daniela Illek, ☎ 07121-3016-0; Fax: -3016-100, www.energie-server.de

Milcherzeugung in Werkstätten für behinderte Menschen

27. bis 28. Oktober 2005, Altenkirchen

Für viele Grüne Bereiche ist die Milcherzeugung die tragende betriebswirtschaftliche Säule. Angesichts des niedrigen Milchpreises, hoher Investitionskosten und arbeitsorganisatorischer Anforderungen gerät sie aber ins Hintertreffen.

Programm und Anmeldung: Claudia Leibrock, Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum, ☎ 02681-9516-46, Fax: -70206, email: leibroch@lja.de.

Mobile Hühnerhaltung

28. und 29. Oktober 2005, Altenkirchen

Programm und Anmeldung: Claudia Leibrock, Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum, ☎ 02681-9516-46, Fax: -70206, email: leibroch@lja.de.

Familien- und Betriebsaufstellungen

28. bis 30. Oktober 2005, Kempfen

Teilnehmer, die eine eigene Aufstellung wünschen, zahlen 100 Euro; Teilnehmer ohne Aufstellung 20 Euro.

Anmeldung: Jasmin Berger, Hans Hoffmann, ☎ 0043-3575-20023, HansSt.Johann@aon.at

Humusaufbau

02. November 2005, Obing

Humusaufbau als Strategie zum Klimawandel mit Prof. Dr. Hülsbergen, Weihenstephan
19.30 Uhr, Oberwirt in Obing, Veranstaltung der Region aktiv Chiemgau-Inn-Salzach e. V., Andreas Rimmelberger, ☎ 08679-6474, www.chiemgau-inn-salzach.de

Erneuerbare Energien

03. November 2005, Freiberg

Das 7. Fachsymposium „Umwelt und Raumnutzung“ des Sächsischen Landesamtes für Umwelt und Geologie findet im Brauhof Freiberg, Körnerstr. 2, in 09599 Freiberg statt. Weitere Infos unter ☎ 0351-8928-322, Christoph.Moormann@ifug.smul.sachsen.de oder www.umwelt.sachsen.de/ifug -> Veranstaltungen.

Quellentag für Bäuerinnen

04. November 2005, Burghausen

Anmeldung erforderlich!! Veranstaltung der Region aktiv Chiemgau-Inn-Salzach e. V., Andreas Rimmelberger, ☎ 08679-6474, www.chiemgau-inn-salzach.de

RegioSolar-Konferenz 2005

04. und 05. November 2005, Fürstentfeldbruck

Treffen regionaler Solarinitiativen
Informationen unter www.regiosolar.de/konferenz/index.shtml oder bei RegioSolar, ☎ 030-29 777 88 22.



Bitte vormerken!

Auf zur AbL-Bundes-MV nach Altenkirchen!

**Tagung und Bundes-Mitgliederversammlung
der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft**

25. bis 27. November 2005 in Altenkirchen/Westerwald

Mit einer aktuellen Podiumsdiskussion am Freitag ab 17 Uhr
Mit der Mitgliederversammlung am Samstag Vormittag
Mit interessanten Diskussionsforen am Samstag Nachmittag
Mit interessanten Gästen und gemütlichen Abenden!

Alle Mitglieder erhalten eine gesonderte Einladung, die Ende
Oktober verschickt wird. Interessierte Gäste sind herzlich will-
kommen. Antragsschluss für die MV ist der 18. Oktober 05.
Das genaue Programm wird in der November-Ausgabe
der Bauernstimme veröffentlicht.

Georg Janßen



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn,
Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/989361
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400, Fax.: 038453/52131
Vorpommern: Albert Wittneben, Tel.: 039604/26859
Brandenburg: Cornelia Schmidt, Tel.: 03879/12518; Erich Degreif,
Tel.: 033204/35648, Fax.: 033204/35649; Bernd Hüsgen,
Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,
Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, Tel.: 06441/75502, Fax: 06441/975995
Nordhessen: Bernhard Wicke, Tel.: 05665/1403, Onno Poppinga,
Tel.: 05673/3540

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Peterstraße 11, 54634 Bitburg, Tel./Fax: 06561/6049300
Vorsitzender: Ewald Frisch, Tel.: 06522/549, Fax: 06522/933636,
E-Mail: abl.lv-rlp@web.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, Tel.: 07352/8928,
Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz,
Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, E-Mail: Abl-Bayern@web.de;
www.abl-bayern.org
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer,
Tel.: 08847/804,
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Hans Urbauer,
Tel.: 08628/634, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg,
Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,
E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,
21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Vorpommern:
Franz Hinemann, Tel./Fax: 038331/80024; Brandenburg: Bernd Hüsgen,
Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Mute Schimpf, AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,
Tel.: 02381/9053173, Fax: 02381/492221, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 86,00 €
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 121,00 €
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ € zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 31,00 €
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 56,00 €
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Telefon/Fax

E-Mail

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
 Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden
 Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn
 nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einver-
 standen, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die
 neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum

Unterschrift

Am besten in Westen

Es ist immer schwierig, als Neuzugezogener in einem kleinen Dorf Fuß zu fassen. Man wird beäugt, wenn man Glück hat gegrüßt, manchmal neugierig befragt, eventuell irgendwann auch mal eingeladen oder mitgeschleppt..., aber dazu braucht es viel Geduld und guten Willen, von beiden Seiten. Meist ist man trotz allem, trotz Mitgliedschaft im Schützenverein und Kranzbinden für die Silberhochzeit der Nachbarn auch nach vielen Jahren noch „der Zugezogene“ und „nicht von hier“, erst die zweite, eingeborene Generation hat eine Chance auf wirkliches Einheimisch-Sein.

Und es gibt Bauern. Diverse. Spargelbauern und Kartoffelbauern, weil der Boden sandig ist, aber auch Milchbauern und Schweinebauern und Hühnerbauern – und einige Biobauern. Bei einem von diesen Biobauern hatte ich einen Job angenommen – das war der Grund unseres Umzugs, und, wie sich bald herausstellte, der Schlüssel zur gesellschaftlichen Integration ins Dorfleben. Man muss vielleicht erwähnen, dass es nicht „irgendein“ Biobauer ist, sondern ein einheimischer, in Westen geboren und aufgewachsen; er und seine Frau (allerdings

eine Zugezogene, aber vor vielen Jahren) sind in diversen Vereinen und auch politisch aktiv.

So lernte ich mit einem: „Das ist Anne, die arbeitet jetzt bei uns und wohnt mit ihrer Familie nebenan“ innerhalb von kürzester Zeit sämtliche Kollegen der Branche, Kunden und Freunde der Familie kennen. Der zweite Schlüssel zur Integration war der Kicker, vom Freund der Bauerntochter bei uns untergestellt, da er selbst keinen Platz dafür hatte. Bereits in der Woche unseres Einzuges klingelten wildfremde junge Menschen bei uns und verschafften sich mit einem Kasten Bier unterm Arm und einem „Hallo, wir wollten Euch mal kennen lernen“ Zugang zum Kickerraum. Unser Haus wurde kurzerhand zu Westens Jugendzentrum umfunktioniert. Da unsere Mitbewohner ebenfalls begeisterte Kicker-Fans sind, wurden schnell Freundschaften geschlossen.

Bei einem Einweihungsbrunch, den wir zwei Monate nach dem Einzug veranstalteten, kamen ungefähr 60 Leute – gut die Hälfte davon Einheimische, viele hat-

ten wir nie zuvor gesehen. Zu unserem Nachbarschafts-Kennerlern-Kaffeetrinken etwas später kamen sämtliche Nachbarn (siehe Foto), bis auf ein Ehepaar, das im Urlaub weilte. Sie staunten nicht schlecht, dass ein Mann die Kuchen und Torten gebacken hatte. Aber sie aßen trotzdem mit großem Appetit.

So schritt unsere Integration in rasendem Tempo voran. Schnell war bekannt, dass mein Lebensgefährte sich gut mit Computern auskennt, und so mancher kommt vorbei, ihn um Rat zu fragen. Bald bekamen unsere Mitbewohner, beide Zimmerleute, die ersten Aufträge aus der Umgebung. Unsere Tochter freundete sich mit einem Mädchen aus der Nachbarschaft an, wir uns mit den Eltern. Wir gehen zum Kinderturnen und zum Osterfeuer, zum Weihnachtsmarkt und zur Eröffnung der Fährsaison. (Westens solarbetriebene Fußgänger- und Radler-Fähre schmückt sich mit dem überraschenden Ruhm „zweitkleinste Binnenfähre Europas“ zu sein.) Beim Bauern nebenan holen wir Milch und schimpfen gemeinsam über sinkende Milchpreise und unsinnige Verbreiterungspläne für unsere nette kleine Straße. Unser Auto ist im internen Westener Auto-Tauschring heiß begehrt, weil es neun Sitze hat. Waldorfschüler werden damit zur Schule gebracht, Jugendliche fahren ins Kino und Chormitglieder zur Überraschungsparty für ihre Leiterin. Mit ausgebauten Rückbänken eignet es sich auch gut zum Transport von Gemüse oder für kleinere Umzüge.

Es vergeht kein Wochenende ohne überraschenden Kaffeebesuch, spontane Badeaktionen oder Spieleabende.

Seit nicht einmal zwei Jahren sind wir jetzt hier. Und wahrscheinlich nicht für immer, wir sind noch auf dem Weg.

Aber Westen wird immer ein bisschen zu Hause für mich sein – so wie auch die Bauernstimme: Man fühlt sich dort wohl.

al



So dachte ich, so war bislang meine Erfahrung gewesen, bis – ja, bis ich Westen kennen lernte. Nicht als Himmelsrichtung, sondern als Dorf in Niedersachsen, irgendwo zwischen Bremen und Hannover. In Westen wurde ich eines Besseren belehrt.

Ein Dorf wie Dörfer halt so sind. Immerhin gibt es einen kleinen Lebensmittelladen, eine Sparkassenfiliale, eine schöne alte Kirche, diverse Kneipen – also nicht ganz winzig. Außerdem gibt es das Osterfeuer, das Schützenfest, den Weihnachtsmarkt und verschiedene andere jährlich wiederkehrende Veranstaltungen.

unabhängige Bauernstimme: sich zu Hause fühlen!

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 36,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetantin / des Abonnetanten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

**Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 49221**

Überhang Seite 12